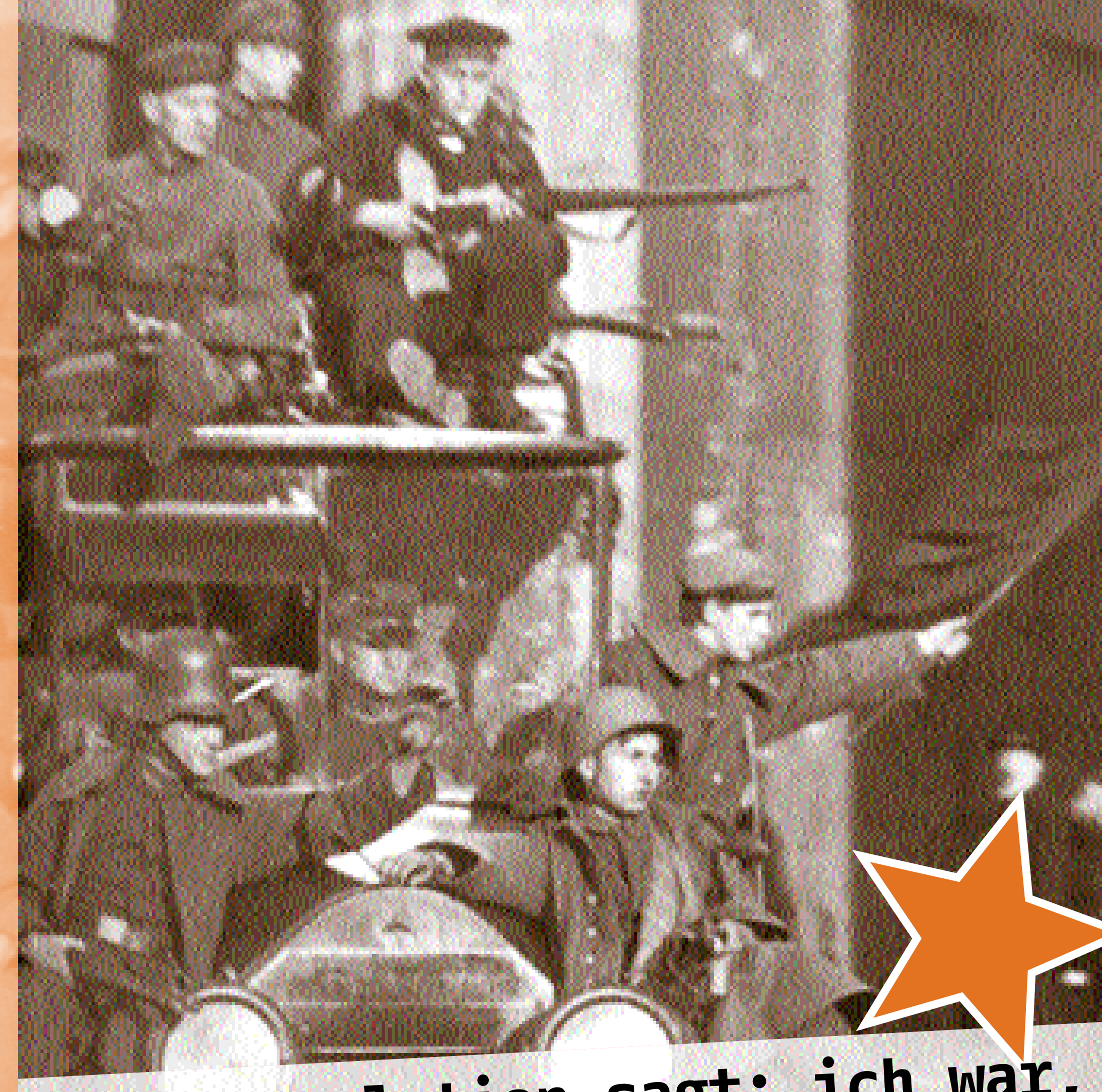
„In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre eigenen Interessen, die Interessen der Minderheit, zum Siege zu führen.
Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann. […] Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. […] Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft […]
Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. […] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Rosa Luxemburg, Programm des Spartakusbundes, Dezember 1918



„Die Revolution sagt: ich war, ich bin, ich werde sein“ *

Luxemburg und Liebknecht fürs 21.Jahrhundert

* Aus: „Die Rote Fahne“, Nr. 14 vom 14. Januar 1919, aus dem letzten Artikel, den Rosa Luxemburg vor ihrer Ermordung schrieb.



Inhalt

Herausgeberinnen:
Antifaschistische Linke Berlin [ALB]
Kontakt: www.antifa.de | mail@antifa.de

dielinke.SDS – sozialistisch-demokratischer Studierendenverband
Kleine Alexanderstr. 28 | 10178 Berlin
Kontakt: www.linke-sds.org

Auflage: 7.500 Exemplare | Preis 1 Euro
Bezug über www.antifa-versand.de

Erscheinungsdatum: Januar 2009

Zahlreiche Abbildungen in dieser Broschüre zeigen Ausschnitte der Mobilisierungen zur Novemberrevolution 1918 und der Januarkämpfe (Spartakusaufstand) 1919 in Berlin.

Liebe Leserinnen und Leser

Anlässlich des 90. Jahrestages der Novemberrevolution und der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919 bringen die Antifaschistische Linke Berlin [ALB] und der Studierendenverband dielinke.SDS diese Broschüre heraus.
Mit dieser Broschüre wollen wir deutlich machen, dass eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der revolutionären ArbeiterInnenbewegung auch im 21. Jahrhundert für die Linke ein wichtiges Thema bleibt.
Gerade die Ideen von Luxemburg und Liebknecht sind auch heute noch relevant. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus macht ebenso wie die Militarisierung der deutschen Außenpolitik deutlich, dass die Fragestellung „Sozialismus oder Barbarei“ keine historische Fragestellung des 20. Jahrhunderts war, sondern immer noch aktuell ist.
Wir bezwecken mit dieser Broschüre vor allem zwei Dinge: Erstens, wollen wir das Gedenken an linken Persönlichkeiten und damit auch Ideen und Idealen weiterhin fortführen und zweitens, das die revolutionären Ideen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auch heute noch Gültigkeit besitzen. Die momentane Krise des Kapitalismus verdeutlicht es mehr denn je, Reform oder Revolution ist keine historische Frage für den Bücherschrank, sondern zentrale Frage heutiger emanzipatorischer Politik.
Die sechs vorliegenden Aufsätze nähern sich den Personen Luxemburg und Liebknecht, ihrem Werk und ihren politischen Aktivitäten auf recht unterschiedliche Weise. Die ALB betont in ihrem Text „Es gibt kein Ende der Geschichte! Die LL-Ehrung – ein Referenzpunkt für die linke Bewegung in Zeiten der Krise?!“ die Notwendigkeit, einer eigenen linken Geschichts- und Erinnerungspolitik am Beispiel der jährlichen LL-Demonstration, Britta Schubert stellt die Person Rosa Luxemburg in den unterschiedlichen Stationen ihres Lebens vor, Stefan Bornost diskutiert Luxemburgs Hauptwerke „Sozialreform oder Revolution“ und „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“ und erläutert ihre zentralen Thesen. Werner Rätz stellt Luxemburgs Theorie zur „kapitalistischen Landnahme“ und zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus dar. Tobias Pflüger schildert in seinem Artikel Liebknechts Position zu Krieg und Militarismus und stellt sie in einen Zusammenhang zu heutigen Antimilitaristischen Positionen gegen die NATO und den Kriegseinsatz in Afghanistan. Die Broschüre schließt ein geschichtlicher Abriss Artikel über die Aktivitäten Luxemburgs und Liebknechts in Weltkrieg und Revolution (1914-19) von Florian Wilde ab.

Die Revolution sagt, ich war, ich bin, ich werde sein.

Viel Spaß beim Lesen wünschen
Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und
Studierendenverband dielinke.SDS,
Januar 2009





Es gibt kein Ende der Geschichte

Die LL-Ehrung – ein Referenzpunkt für die linke Bewegung in Zeiten der Krise?!

Von Antifaschistische Linke Berlin (ALB)

Tradition und Protest

Das öffentliche Gedenken an die am 15. Januar 1919 ermordeten Gründungsmitglieder der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zieht bis heute jährlich mehrere zehntausend Menschen an. Die Demonstration entwickelte sich ursprünglich in der Weimarer Republik aus Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Spartakusaufstandes (5. bis 12. Januar 1919). Am 25. Januar 1919 wurden 32 von 165 amtlich festgestellten Toten des Aufstandes, darunter Karl Liebknecht, auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde beerdigt. Aus diesem Anlass riefen die revolutionären Arbeiterparteien USPD und KPD zu einer Massendemonstration auf, die eine große Beteiligung fand. Für Rosa Luxemburg war zunächst ein leerer Sarg beigesetzt worden, da ihre Leiche noch nicht aufgefunden worden war. Am 1. Juni 1919 wurde ihr Leichnam im Landwehrkanal Berlins entdeckt, woraufhin man auch sie am 13. Juni 1919 nachträglich beerdigte. Nach seinem Tod am 21. Januar 1924 wurde auch Lenin als Revolutionär und Begründer der Sowjetunion in die Ehrung einbezogen. Am 13. Juni 1926 kam es zur Einweihung des von Mies van der Rohe geschaffenen Mahnmals für die ermordeten Sozialisten auf dem Friedhof Lichtenberg, das die Nationalsozialisten 1933 zerstörten. Während es in der Zeit zwischen 1933 und 1945 mehrfach illegale Zusammenkünfte zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gab, wurde nach der Gründung der DDR die Gedenkstätte erneuert und die Veranstaltungen fanden unter staatlicher Obhut statt. Nun wurden die „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feiern" zum von der SED organisierten Aufmarsch, der 1988 durch die Unmutsäußerungen einiger ostdeutscher Oppositioneller auch ins Blickfeld der westdeutschen Öffentlichkeit rückte.



Mahnmal für die ermordeten Sozialisten: Eingeweiht von Wilhelm Pieck am 13. Juni 1926. Von den Nazis 1933 zerstört

Seit Anfang der 1990er Jahre wird die Demonstration von einem Bündnis linksgerichteter bzw. linksradikaler Gruppen und Parteien aus den unterschiedlichsten Spektren der linken Bewegung veranstaltet. Dazu gehören auch Sozialisten aus anderen Ländern Europas und Lateinamerikas. Die Veranstaltung war immer wieder massiven Angriffen der Polizei ausgesetzt. So kam es z.B. 1996 zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, die mit Gewalt vor allem gegen die Teilnehmer des Antifa-Blocks und Sympathisanten der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorging. Im Jahr 2000 wurde die Demonstration wegen einer Bombendrohung kurzfristig von den Berliner Behörden verboten. Ein Teil der Veranstalter demonstrierte daraufhin ohne Genehmigung. Nicht zuletzt aufgrund der regelmäßigen Provokationen und Schikanen von Seiten der Sicherheitsbehörden hat sich die Demo zu einem festen Treff- und Sammelpunkt der politischen Linken mit zehntausenden Teilnehmern entwickelt, wenngleich die Beteiligung an der Demonstration in der „autonomen Linken" wegen der Präsenz einiger autoritär-kommunistischer Gruppierungen nach wie vor umstritten ist.

„Gedenkstätte der Sozialisten" auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin. Im Rondell sind begraben:

- *Karl Liebknecht, 1871-1919, KPD, ermordet*
- *Rosa Luxemburg, 1870-1919, KPD, ermordet*
- *Ernst Thälmann, 1886-1944, KPD, ermordet im KZ*
- *Rudolf Breitscheid, 1874-1944, SPD, ermordet im KZ*
- *Franz Mehring, 1846–1919, KPD, verstorben*
- *John Schehr, 1896-1934, KPD, ermordet im KZ*
- *Franz Künstler, 1888-1942, SPD, ermordet im KZ*
- *Walter Ulbricht, 1893-1973, KPD/SED, verstorben*
- *Otto Grotewohl, 1894-1964, SPD/SED, verstorben*
- *Wilhelm Pieck, 1876-1960, KPD/SED, verstorben*



Was haben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu sagen?

Rosa Luxemburg vertrat die Ideen des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels. Sie fasste deren Theorien als Entwicklungsprozess auf: „Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewahrt." In zwei Aufsätzen über Marx aktualisierte sie dessen Grundideen. Unter anderem erklärte sie das Entstehen des Profits aus dem Lohngesetz, das dem Arbeiter immer einen Teil des Gegenwerts seines Produkts vorenthält; sie erklärte die Konkurrenzgesetze des Marktes, die den Unternehmer zwingen, seinen Profit gewinnbringend zu „realisieren" sowie das Kreditsystem, das Produktionsprozess und Warenverkehr in Gang hält. Auch erklärte sie das Gesetz der „durchschnittlichen Profitrate", das die Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums bedingt und die zwangsläufig auftretenden „Krisen" in der kapitalistischen Ökonomie hervorruft. Diese „Gesetzmäßigkeiten" begründeten für sie die grundlegende Klassensolidarität der Kapitaleigner gegenüber den Produzenten, so dass strukturelle Ausbeutung nur durch die Aufhebung von Lohnarbeit und Klassenherrschaft überwindbar sei.

In ihrem Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals" von 1913 entwickelte Rosa Luxemburg ihre Imperialismustheorie. Sie zeigte, dass der Imperialismus „eine historische Notwendigkeit, die abschließende Etappe der kapitalistischen Entwicklung" sei. Gemäß der Marx'schen Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses ging sie davon aus, dass dabei die Warenmenge ständig anwachse. Die Vermehrung der Kapitalmenge durch die Mehrwertschaffung im Produktionsprozess (Kapitalakkumulation) verbinde sich mit dem Zwang des Kapitals, den Produktionsprozess immer wieder neu zu beginnen. Erreiche die produzierte Warenmenge die gesellschaftlichen Grenzen der Konsumtion, müsse das Kapital auf neue Märkte ausweichen, um weiter wachsen zu können. Diese Gebiete würden durch militärische Gewalt erobert und die dortigen nicht durchkapitalisierten Wirtschaftssysteme würden zerstört. Naturalwirtschaften, in denen noch kein oder nur ein rudimentärer Handel zwischen Produzenten stattfinde, würden in einfache Warenwirtschaften gewandelt, die dem Kapitalismus als Absatzmarkt dienten. Letztlich strebe das Kapital aber nach der Kapitalisierung jedes neu erschlossenen Gebiets. Sei kein Gebiet mehr übrig, in den das Kapital mit seinen überschüssigen Waren ausweichen könne, komme die kapitalistische Produktion an ihr Ende: „Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen. Damit ist nicht gesagt, daß dieser Endpunkt pedantisch erreicht werden muß. Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlußphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestaltet." Indem Rosa Luxemburg diese Auswirkungen des Kapitalismus auf die damaligen Kolonien untersuchte und dabei den Sturz des Kapitalismus zur „historischen Notwendigkeit" erklärte, erweiterte sie die Marx'sche Krisentheorie. Ein halbes Jahr vor ihrem gewaltsamen Tod setzte sie sich – noch im Gefängnis inhaftiert – mit der russischen Revolution und der proletarischen Diktatur der Bolschewiki auseinander. Dabei entwickelte sie ein neues, radikales Verständnis von Freiheit, in dem politische Freiheit und soziale Gleichheit untrennbar verknüpft sind. Gleichheit in der Freiheit sei die Gleichheit von Verschiedenen, also anders Denkenden bzw. Seienden.

> *„Aus ‚Liebe zum Kommunismus' frieren verirrte Autonome wie jedes Jahr gemeinsam mit den Stasi-Spitzeln von gestern, den Gulag-Wärtern von morgen, mit Antiimperialisten und Antizionisten, Nationalbolschewisten und Sozialdemokraten gegen die herrschende Klasse."*
> **Jungle World, Nr. 2, 10.01.2008**

Karl Liebknecht, der im Gegensatz zu Rosa Luxemburg weniger Theoretiker als „revolutionärer Praktiker“ war, veröffentlichte bereits 1907 die Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“, wegen der er noch im selben Jahr wegen „Hochverrats“ verurteilt wurde. In dieser Schrift führte er aus, der „äußere Militarismus“ brauche gegenüber dem äußeren Feind chauvinistische Verbohrtheit und der „innere Militarismus“ benötige gegen den inneren Feind Unverständnis bzw. Hass gegenüber jeder fortschrittlichen Bewegung. Der Militarismus beanspruche außerdem den Stumpfsinn der Menschen, damit er die Masse wie eine Herde Vieh treiben könne. Die antimilitaristische Agitation müsse immer über die Gefahren des Militarismus aufklären. Den „Geist des Militarismus“ charakterisierte Liebknecht später mit dem Hinweis auf eine Bemerkung des damaligen preußischen Kriegsministers Karl von Einem, wonach diesem ein königstreuer und schlecht schießender Soldat lieber sei als ein treffsicherer Soldat, dessen politische Gesinnung fraglich bzw. bedenklich sei. Liebknechts und Luxemburgs Rolle während der Novemberrevolution, bei der beide versuchten, die Ideen von Marx und Lenin zu verbreiten und in einem „revolutionären Prozess“ in der Praxis anzuwenden, soll an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden. Letztlich gewannen die radikalen Konzepte gesellschaftlicher Veränderung nur begrenzt an Relevanz – nicht nur aufgrund von Repressalien der Reaktion, sondern auch, weil sich die Masse der Arbeiterschaft mit den ersten Erfolgen der Revolution zufrieden gab und ideologisch an die Sozialdemokratie gebunden blieb.

„Niemand ist vergessen!“ – Jährliches Gedenken in Berlin an Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und Lenin



Der neoliberale Siegeszug vermochte nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus jegliche Gesellschaftskritik, insbesondere mit antikapitalistischem Gehalt, zu diskreditieren. Die Demontage linker Analysen und ihrer Vertreter ist nach wie vor Teil des restaurativen Projektes, das die neoliberale Globalisierung absichert. Ohne kritische Analyse, die unter anderem aus historischen Prozessen abgeleitet werden muss, wird auch heute kaum eine emanzipatorische Praxis möglich. Darüber hinaus gilt, dass historische Bezüge nicht nur theoretisch, sondern auch grundsätzlich eine praktische Dimension haben. Wenn in gesellschaftlichen Diskursen Machtverhältnisse „eingelassen“ sind, ist auch eine Gesellschaftsanalyse mit antikapitalistischer Perspektive eine Voraussetzung politischer Praxis. Gerade in der derzeitigen Krisensituation stellt sich für die gesamte Linke die Notwendigkeit, scheinbare Gewissheiten in Frage zu stellen. Denn zweifellos hat der moderne Kapitalismus – egal, ob als purer Marktradikalismus oder in modifizierten Formen eines „neoliberalen Staatsinterventionismus“ – einen seiner größten ideologischen Erfolge dadurch errungen, dass er die bestehenden Verhältnisse als alternativlos präsentiert. Bezugnahmen auf die Gesellschaftskritik von Luxemburg und Liebknecht besitzen gerade deshalb einen enormen Eigenwert, weil sie kaum praktische Veränderungsvorschläge im Rahmen der kapitalistischen Ordnung unterbreiteten. Damit rückt ein Problem der Entwicklung von erheblichen Teilen linker Bewegungen insbesondere in Westeuropa ins Blickfeld, die ab einem bestimmten Punkt komplexe gesellschaftliche Entwicklungen detailliert überblicken und erfassen wollen, um den entsprechenden (staatlichen) Akteuren Handlungsanweisungen zur Behebung aktueller „Probleme“ zu liefern. Oder aber sie beschränken ihre Rolle darauf, Forderungen an den Staat zu artikulieren. Letztlich werden sie oft zum netten Anhängsel etablierter Politik in einem fest gefügten Rahmen. Dagegen war Liebknecht und Luxemburg klar, dass eine grundlegend alternative bzw. sozialistische Praxis nur zu einem Teil „vorgedacht“ und erst recht nicht „anempfohlen“ werden kann. Stattdessen muss sie vor allem durch die Austragung sozialer und politischer Konflikte entstehen. Hierin liegt der Kern des Denkens der Revolutionäre im Sinne einer materialistischen Dialektik, auf deren Grundlage sie den Auffassungen von einem „friedlichen Hineinwachsen“ in den Sozialismus zu begegnen versuchten.

Wem nützt das Wissen um eine Sache?

Soziale und politische Kämpfe, in welcher Form auch immer, sind nichts Neues. Eine linke Bewegung sollte sich in einen historischen Prozess einordnen. Überall finden sich heutzutage ideologische Begründungen, ob in der Tagespresse, im Fernsehen oder in Diskursen, die auch die Meinungsbildung der politischen Linken mitprägen. Selbst in der bürgerlichen Wissenschaft wird der jahrelang hochgehaltene und unter Linken durchaus umstrittene „Wissenschaftspluralismus“ zugunsten einseitiger Denk- und Analysemuster geopfert. Das im besten Falle schöne daran ist, dass solche Theorien über Geschichte einfach zu merken sind. Tatsächlich wird aber in den meisten Fällen historischen Ereignissen im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen ein Sinn verliehen, der die historische Realität entstellt. Geschichte lässt sich jedoch nicht einfach „aufklären“. Gerade Zeitgeschichte, die jüngere Geschichte der beiden deutschen Staaten und linke (Kommunismus-)Geschichte, wird konstruiert. Deshalb geht es weniger um die Frage, wer denn nun Recht hat, sondern vor allem um die Infragestellung der entsprechenden Konstruktionen. Die Botschaft der „Herrschaftslehre“ lautet: Was von den radikalen Forderungen als Kompromiss überlebt hat, ist zum Bestandteil der bestehenden Systems geworden. Was sich zu recht nicht durchsetzen konnte, würde ohnehin nur zu grenzenlosem Schrecken führen. Darum werden aus den revolutionären Bewegungen und realsozialistischen Systemen die besonders abstoßenden Tatsachen herausgestellt, zu einem Hauptaspekt gemacht und diesem wird ein aktuelles plurales Bild der bürgerlichen Demokratie gegenüber gestellt. Nach Interessen und Zielen gesellschaftlicher Kräfte und Institutionen wird in der Regel nur dann genauer gefragt, wenn es in ein ohnehin bereit liegendes, historisierendes Analyseschema passt.

Auch innerlinke Streitigkeiten um das gesamte Geschichtsbild sowie um potentielle Referenzpunkte bei historischen Bewegungen oder Ereignissen zeugen von diesem Zustand. Hier zeigt sich deutlich, dass nicht nur historische Fakten bedeutsam sind, sondern vor allem, welche gesellschaftliche Wirkung heutzutage mit - oft aus dem Kontext herausgerissenen – Fakten erzielt wird. Während Teile der linken Bewegung auf Geschichte zurückgreifen, um den schwierigen und in der Regel unbeholfenen Beweis anzutreten, dass die eigene Strömung in der Vergangenheit in Ordnung war, sich des-



halb an einzelnen Persönlichkeiten orientieren, die nur durch „Verrat“ und „Lüge“ ihre Ziele nicht richtig umsetzen konnten, so sind für andere Teile die Entwicklungslinien deutscher Geschichte mit ihren Exzessen eine moralische Legitimation der gegenwärtigen Existenz. Beide Richtungen führen in eine Sackgasse. Die eine, weil man nicht heute etwas genauso machen kann, wie damals. Und die völlig andere Richtung, weil sie aus der Demokratieentwicklung nach 1945 in der westlichen Welt auf „zivilisatorische Standards“ schließt, diese zu allem Überfluss zum Imperativ einer globalen Entwicklung macht, der mitunter auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen sei. Eine solche Sicht, die sich in verschiedensten Facetten zeigt, manchmal auch mit „verbesserten“ Ausgangsbedingungen für eine politische Linke argumentieren mag, ist jedoch in der Regel ein Teil des herrschenden Konsenses oder wird zum Element der Integration und Kooptation.
Aus einem solchen linken Geist ergibt sich dann die Schlussfolgerung, sich als „kritisch“ zu fühlen oder vor allem als „kritischer Kopf“ anerkannt werden zu müssen. Doch wer tatsächliche Kritik will, verteidigt linke Geschichte mit ihren Stärken unter Anerkennung ihrer Schwächen, hält die Erinnerung aufrecht und wendet sich vor allem gegen die herrschenden Zustände. Es war richtig und notwendig, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für eine andere Gesellschaftsordnung eingetreten sind und dafür gekämpft haben. Und es ist auch richtig und notwendig, am zweiten Sonntag im Januar der zwei Revolutionäre jedes Jahr neu zu gedenken. Dabei sollte man sich nicht selbst so ernst nehmen und glauben, man habe darüber zu entscheiden, wer auf der traditionellen Demo Platz hat. Wichtiger erscheinen die eigene Positionierung und deren Vermittlung nach Außen. Der Anknüpfungspunkt an die Revolutionäre sollte in einem Lern- und Suchprozess nutzbar gemacht werden, um die heutigen Verhältnisse radikal infrage zu stellen. Manchmal „verirrt“ gegen die „herrschende Klasse“, vielleicht aus „Liebe zum Kommunismus“ – nicht mehr und nicht weniger.

Aus alt mach' neu…?!

Was bleibt von einer historischen radikalen Kritik am Kapitalismus vor ca. 100 Jahren in Zeiten der Globalisierung? Was vor ein paar Monaten kaum möglich gewesen wäre, erleben wir momentan hautnah. Es werden Stimmen lauter, die den Neoliberalismus in Frage stellen - quer durch alle Parteien. Dessen marktradikale Ausrichtung habe neben der Gewinnsucht Einzelner auf nationaler und internationaler Ebene die derzeitige Krise verursacht. Doch kommt die „neoliberale Staatskritik“ selbst an ihr Ende und was bedeutet das? Wird es nun – natürlich im Rahmen des Kapitalismus – wieder den Weg zu mehr „Verteilungsgerechtigkeit“ geben, um die (Überakkumulations)-Krise bewältigen zu können? In einigen von Rosa Luxemburgs Schriften stand die Beschäftigung mit reformistischen (Mehrheits-)konzeptionen und Handlungsweisen innerhalb der organisierten Sozialdemokratie im Zentrum der Analyse. Letztlich setzte sie sich auch unter anderem mit der Wandlungsfähigkeit der politischen Arbeiterbewegung auseinander, weshalb einige ihrer Annahmen auch heute noch als Referenzpunkt für die politische Linke dienen können.
Die moderne Sozialdemokratie (SPD) präsentiert sich allzu gern als anti-neoliberal. „Zeitgemäße“ sozialdemokratische Politik positioniert sich zwischen dem traditionellen Keynesianismus und Neoliberalismus. Im Mittelpunkt stehen nach wie vor Begriffe wie Leistung, Effizienz, Erfolg, Eigenverantwortung. Daneben werden auch Vokabeln wie „Steuerung“ verwendet, mit welcher man allerdings nichts auf dem Markt erzwingen wolle. Das Marktsystem benötige dagegen ein soziales Sicherungsnetz, damit die Menschen bereit seien, Risiken einzugehen. Das Sozialsystem aber brauche auch die „Leistungsfähigkeit des Marktes“ als Voraussetzung für eine „würdevolle Existenzsicherung“. Voraussetzung sei die Wiedergewinnung staatlicher Steuerungsfähigkeit, u.a. auf den Finanzmärkten, durch die „Wiedereinbettung“ der globalen Ökonomie. Ähnliches wird im Übrigen inzwischen auch von konservativen Parteien vertreten.
Die eher traditionelle keynesianische Strategie links von der SPD – vertreten von zahlreichen Initiativen, weiten Teilen der Partei DIE LINKE und Gewerkschaftslinken – geht hingegen davon aus, dass staatliche Politik zu einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums „von unten nach oben“ beigetragen hat. „Verteilungsspielräume“ seien zur Genüge vorhanden. Das neoliberale Projekt mit seiner Krisentendenz wird deshalb als staatliches verstanden und könne demzufolge durch eine andere staatliche Politik beendet werden. Das hört sich erstmal nicht schlecht an. Die Vorschläge dieser klar links von der SPD stehenden Kräfte zur Bewältigung der derzeitigen Krise des Neoliberalismus, die sich offenkundig erst in ihrem Anfangsstadium befindet, tragen somit einen doppelten Charakter. Einerseits will man die Krise unter Wahrung des sozialen Besitzstandes der Lohnabhängigen möglichst schnell überwinden. Andererseits werden Forderungen nach strukturellen Eingriffen in die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel im besten Falle zaghaft formuliert. Die Konzeptionen gehen in der Regel davon aus, dass sich die antagonistischen Interessen von Kapital und Arbeit auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene harmonisieren lassen. So soll die Erhöhung der Massenkaufkraft, die für einzelne Unternehmer zunächst eine Erhöhung der Personalkosten bedeutet, durch die Vermehrung seines Absatzes infolge der Steigerung der effektiven Nachfrage auf dem Markt ausgeglichen werden. So gilt manchen linken Theoretikern der Ausbau „steuernder“ bzw. „planerischer“ Elemente, die den Vorrang gesamtwirtschaftlicher vor privatwirtschaftlichen Interessen sichern sollen, als ein Schritt zur Überwindung des Kapitalismus. Deshalb wird das Kapitalverhältnis nicht selten lediglich als eine rechtliche Kategorie interpretiert und manchmal sogar jede angestrebte Einschränkung als kleiner Schritt auf dem Weg zur Überwindung des kapitalistischen Systems.
Während sich Luxemburg keinerlei Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie als Form zur effektiven Durchsetzung von Klasseninteressen machte, nimmt heute in den meisten der links-reformorientierten Konzepten der „demokratische Staat“ die entscheidende Rolle ein. Dieser Staat ermögliche es angeblich durch Wahlen eine Mehrheit fortschrittlicher Akteure zu gewinnen und die gewachsenen ökonomischen Potenzen zur Lenkung der Ökonomie im „gemeinwirtschaftlichen“ Sinne zu nutzen. Ein wesentliches Manko solcher Vorschläge besteht allerdings darin, dass die Interessenlage der Unternehmer und des Staates völlig verfehlt eingeschätzt wird, da es eben kein fiktives kapitalistisches Gesamtinteresse gibt. Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik ist im Kapitalismus immer in ihrer Richtung, wenn auch nicht zwangs-



Maschinengewehrposten revolutionärer Arbeiter und Soldaten am Schlossplatz in Berlin, November 1918

läufig in einzelnen konkreten Maßnahmen, von Erfordernissen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses abhängig. Die Botschaft kann daher nur lauten: Das Privateigentum muss vergesellschaftet werden.
Dennoch haben Finanz- oder Wirtschaftskrisen immer eine politische Dimension, die ihrerseits auf die ökonomische Situation zurückwirkt. Gegen Zusammenbruchs- und Verelendungstheorien verwiesen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf den Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen für die Begründung revolutionärer Ziele der Arbeiter. Das heißt, selbst eine ökonomische Krise, die im besten Falle eine politische Staatskrise hervorruft, führt von allein noch nicht zum Sozialismus. Die Umwälzung bedürfe deshalb laut Luxemburg der Kapitalkonzentration, die zwar „die materiellen Voraussetzungen des Kampfes selbst wie seines siegreichen Ausganges“ schaffe, aber ebenso wie die „Lösung […] nur aus dem Bewusstsein, dem Willen und dem Kampfe“ entspringen könne. Für Luxemburg und Liebknecht bildeten Tageskampf und das Ziel der Revolution eine widersprüchliche Einheit, die allerdings auf die Herstellung eines radikalen Bewusstseins gerichtet war. Konkret gesprochen und auf heute bezogen heißt dies: Ob und in welchem Ausmaß es zu Lohn- und Sozialkürzungen kommt, hängt auch von der Stärke der Gegenwehr ab, die es zu radikalisieren gilt. Gleichzeitig machte insbesondere Luxemburg deutlich, dass es keinen Automatismus zwischen Krisenverschärfung und Radikalisierung gibt. Es ist aber – und dies ist die entscheidende Schlussfolgerung im integrativen „modernen Kapitalismus“ – immer auch nach dem Wechselverhältnis zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen und Strategien zu fragen. Das heißt auch, nach Bedingungen zu fragen, die durch linke reformorientierte Kräfte wie Parteien oder Gewerkschaften selbst gesetzt wurden. Schließlich hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich ein Prozess der Radikalisierung in tagespolitischen Kämpfen entfalten kann.

„Die Krise des Imperialismus besteht im Moment darin, dass er bankrott ist. Sie wird sich mit Sicherheit zu einer Weltwirtschaftskrise auswachsen. Jedermann weiß, Weltwirtschaftskrisen zeugen kommunistische Parteien. […] Sie denken, wie sie immer gedacht haben, erst ungeschickt, und dann geschickt, am Ende verstehen sie es sogar. Und wenn die Weltwirtschaftskrise und ein sinnloser Krieg oder eine Gewohnheit von Kriegen zusammenkommen, hat man ganz schnell wieder kommunistische Bewegungen. […] Auf eine Sache, die ich einmal gesagt habe, kann man sich verlassen.“
Peter Hacks in Anlehnung an die großen Denker des Sozialismus, kurz vor seinem Tod, 2003

Wie weiter?

Aus dem Gesagten ergibt sich, warum man zwei Personen ehren sollte, die der Linken viel mit auf den Weg gegeben haben. Bisher ist die Linke historisch gescheitert, doch die Zukunft ist offen. Wenn man den modernen Kapitalismus und die letzten Jahrzehnte Revue passieren lässt, wird allerdings deutlich, dass gerade der Neoliberalismus die Gesellschaft tief greifend verändert hat und auf diesem Feld erfolgreich war. Das Sachzwang- und Wirtschaftsstandortdenken scheint tief verwurzelt. Selbst in allseits strapazierten Wörtern des humanistischen Sprachgebrauchs wie „Vernunft“, „Vertrauen“ und „Verständnis“ steckt Neoliberalismus drin. So sollen die Lohnabhängigen „vernünftig“ bleiben und nicht allzu hohe Forderungen stellen, sie sollen „Vertrauen“ in den Staat behalten oder wieder zurückgewinnen und auch „Verständnis“ für Maßnahmen aufbringen, um Deutschlands Rolle im globalen Standortpoker abzusichern. Das sollte zu Denken geben. Jedenfalls liegt die Sache komplizierter, als dass man schnell sagen könnte: Hey, wir haben jetzt 'ne Krise und bald geht's endlich los, damit der Laden aus den Angeln gehoben wird. Dieses Ziel sollte die Linke aber immer im Auge behalten, um die allseits verordnete „Vernunft“ zurückzuweisen.
Der teilweise vorhandene Optimismus hinsichtlich nun einsetzender staatlicher antineoliberaler Politik ist ebenso kaum verständlich und verkennt, wie sehr staatliche Politik immer an ökonomische Entwicklungen gebunden war und ist. Das heißt: Sollte sich die Krise zuspitzen und es gibt wenig Gegenwehr, wird auch der Staat noch stärker als „Manager“ des Lohnabbaus und beim Abbau sozialer Leistungen auftreten. Staatliche Politik wird im Sinne der Unternehmerinteressen noch stärker auf die Erschließung von neuen Märkten weltweit orientieren und weitere ökonomische Ressourcen ausplündern. „Sozialismus oder Barbarei“, wie Luxemburg sagte? Ein aus linksradikaler Sicht entscheidender Punkt ist die Auseinandersetzung darüber, mit welchen Inhalten sowie Formen des Protests und radikaler Intervention die Logik des Kapitalismus infrage gestellt werden kann. Wirklich wichtige Spielräume dafür sind erst zu schaffen. Manchmal reicht es fürs erste, Nein zu sagen, sich klar zu positionieren und dabei Grundsatzfragen aufzuwerfen. Gehen wir auf die LL-Demo und nutzen wir die Gelegenheit, um den Herrschenden und dem einen oder anderen Mitdemonstranten zu zeigen, dass wir da sind, dass wir wissen, was wir nicht wollen und wissen, woher wir kommen.
Antifaschistische Linke Berlin [ALB]

ZUR PERSON | Franz Mehring



Der Literaturwissenschaftler, Publizist und Politiker Franz Mehring (1846-1919) gilt als führender marxistischen Historiker und lieferte zentrale Beiträge zur marxistischen Geschichtswissenschaft.
Zunächst schrieb er für verschiedene bürgerliche Zeitungen, bis er 1891 vor dem Hintergrund der Sozialistengesetze Bismarcks Mitglied der SPD wurde. Zu dieser Zeit hatte er sich bereits intensiv mit den Schriften von Karl Marx befasst und stand im Kontakt mit Wilhelm Liebknecht und August Bebel (beide Gründer der SPD). Bis 1913 war er bei der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ tätig, dem damals wichtigsten theoretischen Organ der SPD.
Noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs begann sein Bruch mit der Sozialdemokratie unter der reaktionären Führung Friedrich Eberts. Obwohl Mehring aus bürgerlichem Haus kam, unterstützte er einen revolutionären Klassenkampf, wie ihn Karl Marx formuliert hatte.
Mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin gehörte er zu den führenden Köpfen revolutionärer Sozialisten. Gemeinsam mit Liebknecht und Luxemburg gründete er 1916 den Spartakusbund. Er lernte Lenin kennen und erkannte die Bedeutung der sowjetischen Oktoberrevolution. Kurz vor seinem Tod war Franz Mehring am Gründungsparteitag der KPD beteiligt.
Er ist in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfeld neben Liebknecht und Luxemburg begraben.

Rosa Luxemburg: Dem richtigen Leben nachreisen

Von Britta Schubert

Elternhaus

Rosa Luxemburg wurde im Jahr der Pariser Commune, am 5. März 1871 in Zamocz nahe der damaligen polnisch-russischen Grenze geboren. Ihre Eltern, Line und Eliasz Luxemburg waren assimilierte polnische Juden, die es als Holzhändler zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatten. Sie gehörten der kleinen bürgerlich-intellektuellen jüdischen Schicht an, die eine humanistisch-universelle Moral vertrat. Luxemburgs ermöglichten ihren fünf Kindern eine kosmopolitische Bildung. Mit fünf Jahren erkrankte Rosa an einem Hüftleiden. Monatelang musste das aufgeweckte Mädchen liegen – ihre Mutter lehrte ihr in dieser Zeit Lesen und Schreiben. Rosa behielt eine Gehbehinderung bei.

Rosa wuchs in einem kulturellen Klima auf, in dem die Traditionen Deutschlands und Frankreichs mit denen Russlands und Polens zusammenflossen – sie sprach vier Sprachen fließend. Rosa besuchte in Warschau das Gymnasium und war eine sehr gute Schülerin, der aber aufgrund antisemitischer und antipolnischer Ressentiments die ihr eigentlich zustehenden Auszeichnungen vorenthalten wurden.

1904 schreibt sie an Luise Kautsky über diese Zeit: „Damals glaubte ich fest, daß das ‚Leben', das richtige Leben, irgendwo weit ist, dort über die Dächer hinweg. Seitdem reise ich ihm nach. Aber es versteckt sich immer hinter irgendwelchen Dächern. Am Ende war alles ein frevelhaftes Spiel mit mir, und das wirkliche Leben ist gerade dort im Hofe geblieben …".

Religion spielte bereits in ihrer Kindheit keine große Rolle. Sie empfand sich ihr Leben lang nicht als Jüdin, ebenso wenig wie sie sich als Polin fühlte – sie war Linke und Internationalistin. Auch später zeigte sie keine besondere Loyalität mit verfolgten Juden.

Mit 18 ins Exil

Luxemburg trat schon im Alter von 16 Jahren der polnischen Arbeiterpartei „Proletariat" bei. Da deren Anhänger jedoch von der zaristischen Polizei verfolgt wurden,



musste sie nach dem Abitur 1889 fliehen, um einer Verhaftung zu entgehen. Unter dem Stroh eines Fuhrwerks verborgen wurde Rosa Luxemburg über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt. Von dort schlug sich die Siebzehnjährige in die Schweiz durch, dem damaligen Exil vieler polnischer und russischer Revolutionäre und Intellektueller.

Sie schrieb sich in der Zürcher Universität ein und gehörte somit zu den wenigen Frauen, die damals ein Hochschulstudium absolvieren konnten. Ihr Studienschwerpunkt war Nationalökonomie, sie hörte aber auch Vorlesungen in Geschichte, Politik und Mathematik. Die Möglichkeit, in der in dieser Hinsicht liberal-demokratischen Schweiz zu studieren (in Preußen beispielsweise war Frauen nur ein Status als Gasthörerin erlaubt), zog revoltierende junge Damen aus ganz Europa an, die gemeinsam mit politisch Verfolgten ihre Hochschulstudien betrieben.

Doch Zürich hatte Luxemburg mehr zu bieten als seine Hörsäle. Parallel zu ihrem Studium engagierte sich Luxemburg in Emigrantengruppen. Mehrfach unterbricht sie ihr akademische Ausbildung für politische Aktivitäten, unter anderem als Redakteurin der polnischen Exilzeitung „Arbeitersache“. Sie machte sich schnell einen Namen als Theoretikerin der polnischen Arbeiterbewegung und Gegnerin der nationalistischen Mehrheit der polnischen Sozialdemokratie.

Deren Organisation, die „Polnische Sozialistische Partei“, kämpfte für die Unabhängigkeit Polens und wurde von den altgedienten Führern des internationalen Sozialismus anerkannt. Luxemburg setzte dagegen auf den Kampf gegen Kapitalismus und Monarchie in ganz Europa. Sie sah die Befreiung Polens als Teil einer proletarischen Revolution in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland. Mit dieser Position widersprach sie nicht nur den Führern der polnischen Sozialdemokratie, sie verortete sich auch als radikale Internationalistin innerhalb der Sozialdemokratie Europas und schuf sich die ersten erbitterten politischen Gegner.

In Zürich lernte Luxemburg ihre erste große Liebe, Leo Jogiches, kennen, der aus einer sehr reichen und kultivierten russisch-jüdischen Familie in Wilna stammte. Ihre Partnerschaft dauerte viele Jahre, obwohl sie die geringste Zeit gemeinsam an einem Ort verbrachten. Mehr als 1.000 Briefe an Leo Jogiches sind erhalten und zeugen von einer intensiven politischen Auseinandersetzung und beidseitiger Anregung. Zunächst war jedoch Jogiches die unangefochtene geistige Autorität Luxemburgs, der bei all ihren Arbeiten und Artikeln das letzte Wort hatte.

1893 gründeten sie gemeinsam mit einer Gruppe junger internationalistischer polnischer Sozialisten als revolutionäre Alternative zur bestehenden „Polnischen Sozialistischen Partei“ die „Sozialdemokratie des Königreiches Polen“ (SDKP – ab 1900: Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen, SDKPiL).

„Die Verwirklichung der sozialistischen Klassengesellschaft ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.
Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.“
Aus „Was will der Spartakusbund?“, publiziert in der Zeitung „Rote Fahne“, 14.12.1918, Berlin

Rosa Luxemburg beendete ihr Studium mit einer Promotion über Polens industrielle Entwicklung. In ihre Arbeit steckte sie viel Energie, die sie lieber für den politischen Kampf übrig gehabt hätte. In einem Brief an Jogiches distanziert sie sich von ihrer akademischen Existenz: „Ich hasse dieses Doktorat jetzt so, weil ich eben so viel Kraft und Anstrengung hineingelegt habe, daß mich beim Gedanken Weinkrämpfe erfassen.“

Dank Schutzehe nach Berlin

Nach der Doktorprüfung, die sie mit Auszeichnung bestand, verließ Luxemburg die Schweiz, um ihre weitere politische Karriere in Angriff zu nehmen.

Sie entschloss sich 1898 nach Berlin, ins Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung, zu ziehen. Um einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erlangen, ging sie eine Scheinehe mit Gustav Lübeck, dem Sohn einer Freundin, ein. Als Luxemburg in der Berliner Zentrale der SPD vorsprach, staunten die Genossen nicht schlecht, dass sie ihre Mitarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung bereits abgesichert hatte und durch ihre deutsche Staatsbürgerschaft vor einer Ausweisung geschützt war. Ignatz Auer, der Parteisekretär der SPD, führte ein langes Gespräch mit ihr und gewann sie für die Agitation unter den Arbeitern und Bergleuten Oberschlesiens. Luxemburg wurde von Anfang an von der Parteiführung aufgrund ihrer guten Dienste geschätzt. Sie kannte die politischen Verhältnisse in Ost- und West und verfügte über einige Erfahrung als Redakteurin der Arbeiterpresse.

Die deutsche Sozialdemokratie, die sehr auf Traditionen aufgebaut war, hielt an ihren Anfängen fest. Ihre Führer August Bebel, Wilhelm Liebknecht, aber auch der „Theoriepapst“ Kautsky blieben jahrelang auf ihrem Posten, was das Parteileben für Luxemburg sehr monoton machte. Sie denkt nicht daran, sich der „väterlichen Weisheit“ der Altvorderen zu beugen. Sie nimmt kein Blatt vor den Mund und kritisiert die Versteinerung der Partei: „Mit einem Wort, dieses ganze Gerede hat den einen Sinn, dass Bebel selbst schon senil geworden ist und die Zügel aus der Hand gleiten lässt; er ist froh, wenn die anderen kämpfen; aber er selbst hat weder die Energie noch das Feuer für eine Initiative […] Kautsky beschränkt sich auf die Theorie, mit einem Wort, wenn man in die Runde sieht, so steht die Partei verdammt schlecht da.“

Luxemburg lässt sich auch nicht auf eine „spezifisch weibliche“ Tätigkeit innerhalb der Partei – die Arbeit zur Frauenfrage – beschränken, wie es so mancher in den führenden Kreisen der SPD gerne sehen würde.

Luxemburg ist nach kurzer Zeit über die Schmeicheleien der alten Garde verbittert und von deren Konservatismus enttäuscht.

„Jede Annäherung an die Parteibande hinterlässt in mir ein derartiges Unbehagen, daß ich mir jedesmal danach vornehme: drei Seemeilen weiter vom tiefsten Stand der Ebbe! […] Nach jedem Zusammensein mit ihnen wittere ich so viel Schmutz, sehe so viel Charakterschwäche, Erbärmlichkeit etc., daß ich zurückeile in mein Mauseloch.“

Auch mit Berlin, dem Ort in dem sich ihr Mauseloch nun befand, wollte sich Luxemburg zunächst nicht

Denkmal am Landwehrkanal in Berlin, wo die Leiche Rosa Luxemburgs geborgen wurde



anfreunden. „Berlin macht auf mich allgemein den widrigsten Eindruck: kalt, geschmacklos, massiv – die richtige Kaserne; und die lieben Preußen mit ihrer Arroganz, als hätte jeder von ihnen den Stock verschluckt, mit dem man ihn einst geprügelt."
Sie vermisste die „wohltuende Gemütlichkeit" der Schweiz und ihren Lebensgefährten Leo Jogiches. Sie träumte davon, wie es wäre, mit ihm legal zusammenzuwohnen und vielleicht ein Kind zusammen zu bekommen. Im Herbst 1898 trafen sich die beiden für ein paar Tage in Dresden, im Sommer besuchte Rosa ihren Geliebten in Zürich, und ab Sommer 1900 lebte Jogiches mit ihr in Berlin zusammen. Seit Herbst 1899 wohnte Rosa Luxemburg in Berlin-Friedenau in der Nachbarschaft von Karl Kautsky und dessen Frau Luise, mit denen sie eng befreundet war, bis sie sich 1910 mit Kautsky politisch überwarf. Zum Kreis ihrer Freunde gehörten auch ihre Mitstreiterinnen Clara Zetkin und Mathilde Wurm, Mathilde Jacob und Sonja Liebknecht.

Gegen die Reformisten der SPD

Die Streitigkeiten innerhalb der SPD fanden ihren Höhepunkt in der „Revisionismusdebatte", also in der Frage, ob der Kapitalismus durch Reformen verbessert, oder durch eine Sozialrevolution überwunden werden soll. 1899 rechnete Rosa in dem Buch „Sozialreform oder Revolution" mit Bernsteins Ideen ab. Sie verteidigt den revolutionären Standpunkt gegen den revisionistischen Eduard Bernsteins und fordert den Ausschluss der „Reformisten" aus der Partei. Luxemburg sprach auf Massenversammlungen und war als Expertin für Polen und Russland auf großen internationalen Sozialistenkongressen. Sie beteiligte sich leidenschaftlich an allen Diskussionen der internationalen Sozialdemokratie und positioniert sich am linken Rand der Partei, „wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht am rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will."
Unermüdlich produzierte sie Artikel und Kommentare. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung" und in der „Leipziger Volkszeitung" und beim „Vorwärts" war sie zeitweise Redakteurin. Immer wieder setzte sie sich gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus ein, was ihr 1904 eine erste Gefängnisstrafe wegen „Majestätsbeleidigung" einbrachte.

1905 zur Revolution nach Polen

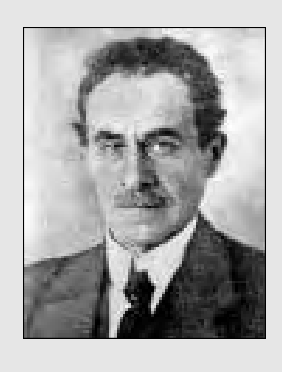
Als 1905 die erste russische Revolution ausbrach, war sie in Berlin nicht zu halten. Rosa reiste trotz schlechter Gesundheit ab, um die polnische Arbeiterschaft zu agitieren. Unter falschem Namen traf sie am 29. Dezember 1905 in Warschau ein. Später sagt sie, die folgenden Monate seien die glücklichsten ihres Lebens gewesen. Doch bei einer Razzia am 4. März 1906 wurde sie festgenommen und unter unzumutbaren Haftbedingungen festgehalten. Sie erkrankte an Gelbsucht, die nicht behandelt wurde, und flüchtete nach Finnland, als sie im August gegen Kaution entlassen wurde.
Die russische Revolution erweckte einen Gedanken zum Leben, den Rosa Luxemburg schon einige Jahre früher beschäftigt hatte: dass Massenstreiks ein entscheidendes Element im revolutionären Kampf der Arbeiter um die Macht sind und die sozialistische von allen anderen Revolutionen unterscheiden. Sie drängt die Sozialdemokraten zur Vorbereitung von Generalstreiks, um internationale Solidarität gegen den Krieg üben zu können.

Wortführerin des linken Flügels der SPD

Im Oktober 1907 nahm Rosa Luxemburg eine Tätigkeit als Dozentin an der SPD-Parteischule auf. Sie qualifiziert dort Parteimitglieder für propagandistische Zwecke. Luxemburg ist neben den anderen Parteigrößen die einzige Frau im Lehrkörper. Ihr gelten große Sympathien seitens ihrer Schüler. Neben der Lehrtätigkeit ging die kritische Auseinandersetzung mit anderen SPD-Parteimitgliedern weiter und in der SPD kommt es zu immer größeren Konflikten.
Im Privatleben entfernt sie sich von Leo Jogiches. Während seiner Abwesenheit beginnt sie eine Liebschaft mit dem Sohn Clara Zetkins, Kostja. Die Liebesbeziehung zu Jogiches zerbricht endgültig, als er in der gemeinsamen Wohnung einen Liebesbrief an Kostja Zetkin findet. Rasend vor Eifersucht droht Leo ihr mehrmals mit Mord, Rosa kauft sich sogar einen kleinen Revolver, um sich nötigenfalls schützen zu können. Von da ab endet der persönliche Kontakt zwischen den beiden, die allerdings weiterhin politisch eng zusammenarbeiten – in der polnischen Partei, in der sie beide Führungsrollen innehaben, später in der KPD. Die Liebesbeziehung mit Kostja Zetkin dauert etwa zwei Jahre, danach bleiben die beiden für den Rest ihres Lebens sehr enge Freunde.
Ab 1911 profilierte sich Rosa Luxemburg als populärste Theoretikerin und Wortführerin des linken SPD-Flügels, da sie sich immer energischer



ZUR PERSON | Leo Jogiches



Geboren 1867 in Wilna (heute Litauen), aus einer jüdischen Familie stammend. Schloss sich früh der revolutionären Untergrundbewegung in Polen an, konnte 1890 aus den Gefängnis in die Schweiz fliehen.
Zeitweise Lebensgefährte Rosa Luxemburgs. Nach Ausbruch der Russischen Revolution 1905 maßgeblich an der Leitung des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus in Warschau beteiligt.
Verhaftet und verurteilt, gelang ihm erneut die Flucht in den Westen. Während des Ersten Weltkrieges im Untergrund in Berlin lebend, war er Mitglied der Spartakusleitung und Mitbegründer der KPD, deren Führung er nach den Morden an Karl und Rosa übernahm. Am 10. März 1919 wurde er in Berlin erneut festgenommen und in Untersuchungshaft ermordet. Leo Jogiches wurde auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.

gegen die beginnende Hochrüstung, gegen den anschwellenden Nationalismus und den um sich greifenden Militarismus wandte. Sie spricht auf Kundgebungen und Massenversammlungen im ganzen deutschen Reich: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, dann rufen wir: ‚Das tun wir nicht!'"
Diese Sätze bringen ihr eine Anklage wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit" ein.
Vor Gericht hielt Luxemburg eine Rede, die später unter dem Titel „Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse" veröffentlicht wurde. Sie wird erneut zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, politisch-moralische Siegerin des Verfahrens ist allerdings sie. Luxemburg wird nicht sofort verhaftet, so dass sie nach Verlassen des Gerichts sogleich wieder einer Massenveranstaltung beiwohnen konnte, auf der sie ihre revolutionäre Propaganda gegen den Krieg fortsetzte. Die Arbeiterschaft ist empört über die Verurteilung Luxemburgs und sie und ihr Anwalt und Liebhaber Paul Levi werden zu zahllosen Versammlungen eingeladen, um über das Verfahren zu berichten.

Kriegsgegnerin in Festungshaft

Die Sozialdemokraten, die aus den Reichstagswahlen vom 12. Januar 1913 als stärkste Reichstagsfraktion hervorgegangen waren, stimmen am 4. August 1914 für die Bewilligung der Kriegskredite. „In der Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich", rief der Parteivorsitzende Friedrich Ebert.
Luxemburg war verzweifelt und diskutierte mit ihren Genossen über einen Parteiaustritt. Zusammen mit Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 die Fraktionsdisziplin der Zustimmung zum Krieg gebrochen hatte, gründete sie die „Gruppe Internationale", die spätere „Spartakusgruppe".
Am 18. Februar 1915 erfolgte die ausstehende Verhaftung Rosa Luxemburgs. Im Gefängnis schrieb sie weiter Artikel, die sie mit Hilfe von Freunden herausschmuggeln konnte. Unter den Schriften ist auch die Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie", die unter dem Pseudonym Junius erschien. Sie rechnet mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der Rolle der SPD darin ab, deren reaktionäres Wesen der Krieg offenbart habe. Als im März die erste Ausgabe der von Rosa und Karl Liebknecht gegründeten Zeitschrift „Internationale", erscheint, wird sie des Hochverrats angeklagt.
Ende Oktober 1916 kam Rosa auf die Festung Wronke in Posen. Während dieser Zeit stand sie in regelmäßigem Briefwechsel mit Hans Diefenbach. Dieser alte Freund half ihr durch seine Briefe, die einsame Zeit im Gefängnis zu überstehen. Im Oktober 1917 fällt Diefenbach im Ersten Weltkrieg.
Die Absetzung des Zaren in Russland und die Oktoberrevolution wecken Hoffnungen auf ein schnelles Kriegsende und eine Ausbreitung der Revolution in ganz Europa. Luxemburg verfolgt die Vorgänge in Russland aufmerksam – in einer Broschüre über die Oktoberrevolution warnt sie vor einer Diktatur der Bolschewiki: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden!"



Juni 1919: Beisetzung Rosa Luxemburgs in Berlin

Novemberrevolution und Ermordung Luxemburgs

Am 9. November 1918 wurde Rosa Luxemburg endlich entlassen und eilte nach Berlin, um sich an der Errichtung der Räterepublik zu beteiligen. Sie übernimmt die Redaktion der Zeitung des Spartakusbundes „Rote Fahne" und stürzt sich mit Feuereifer in die Arbeit. Im Dezember 1918 schreibt sie an Clara Zetkin: „Außerdem treffen bei diesen aufgeregten Zeiten erst um 10 und 11 Uhr nachts die dringenden Nachrichten und Weisungen ein, auf die sofort reagiert werden muß. Dazu fast jeden Tag vom frühen Morgen Konferenzen und Besprechungen, dazwischen noch Versammlungen und zur Abwechslung alle paar Tage die dringende Warnung von „amtlichen Stellen" daß Karl [Liebknecht] und mir von Mordbuben aufgelauert wird, so daß wir nicht zu Hause schlafen sollen, sondern jede Nacht anderswo Obdach suchen müssen."
Aus Protest gegen die Entlassung des der USPD angehörenden Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn besetzten Arbeiter am 5. Januar 1919 das Berliner Zeitungsviertel und riefen dazu auf, den Rat der Volksbeauftragten zu stürzen – eine Mobilisierung der breiten Massen gelang ihnen jedoch nicht. Gustav Noske, der SPD-Volksbeauftragte für das Heer, ließ den Aufstand in tagelangen blutigen Kämpfen von der Reichswehr niederschlagen.

Werke von Rosa Luxemburg

(Quelle: Rosa Luxemburg Stiftung)

*** Die industrielle Entwicklung Polens (Dissertation an der Universität Zürich), Duncker & Humblot, Leipzig, 1898**
*** Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, Leipzig ,1899 (Nachdruck: Dietz, Berlin, 1967)**
*** Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Kapitalismus, Buchverlag Vorwärts, Berlin, 1913**
*** Die Krise der Sozialdemokratie. Mit einem Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie von Junius („Junius-Broschüre"), Union, Zürich, 1916**
*** Zur russischen Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin, 1922**
*** Einführung in die Nationalökonomie, Laub, Berlin, 1925**
*** Gewerkschaft und Massenstreik. Bearbeitet von Paul Frölich, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1928**

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg gemeinsam mit Karl Liebknecht festgenommen und nach schweren Misshandlungen durch Offiziere und Soldaten eines Freikorps-Verbandes ermordet.
Rosa Luxemburgs Leiche wurde erst am 1. Juni 1919 aus dem Landwehrkanal geborgen und knapp zwei Wochen später auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde unter großer Anteilnahme neben anderen Revolutionären beigesetzt.

Karl Liebknecht: Antimilitarist und Kommunist

Von Antifaschistische Linke Berlin (ALB)

Karl Liebknecht (1871-1919) war ein internationalistischer Sozialist, Antimilitarist und Mitbegründer der „Kommunistischen Partei Deutschland“ (KPD). Karl wurde am 13. August 1871 in Leipzig geboren. Er war der zweite Sohn von Wilhelim Liebknecht und dessen Ehefrau Natalie. Der Vater Wilhelm gehörte ab den 1860er Jahren mit August Bebel zu den Gründern und bedeutesten Anführern der SPD. Karl besuchte ein humanistisches Gymnasium und machte 1890 sein Abitur in Leipzig. Anschließend studierte er Rechtswissenschaften, Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie. Während seines Studiums zog Karl mit seinen Eltern nach Berlin, dort leistete er von 1893 bis 1894 seinen Wehrdienst ab. Zusammen mit seinem Bruder Theodor und Oskar Cohn eröffnete er in Berlin 1899 ein Rechtsanwaltsbüro und wurde durch die Verteidigung von Sozialdemokraten als politischer Anwalt bekannt.

1900 wurde Karl Liebknecht Mitglied der SPD, 1901 sozialdemokratischer Stadtverordneter in Berlin. Dieses Mandat behielt er bis 1913 bei. Karl gehörte zu den ersten acht Sozialdemokraten überhaupt, die trotz des Dreiklassenwahlrechts Mitglied im preußischen Landtag wurden.

Bekanntheit im Ausland erreichte er unter anderem durch die Verteidigung von zwei russischen Revolutionären vor einem deutschen Gericht (Königsberger Prozess, 1904). Er war aktives Mitglied der Zweiten Internationale und zudem einer der Gründer der Sozialistischen Jugendinternationale.

Für die Jugendarbeit der SPD veröffentlichte er 1907 die Schrift Militarismus und Antimilitarismus, für die er noch im selben Jahr wegen Hochverrats verurteilt wurde. In dieser Schrift führte er aus, der äußere Militarismus brauche gegenüber dem äußeren Feind chauvinistische Verbohrtheit und der innere Militarismus benötige gegen den inneren Feind Unverständnis bzw. Hass gegenüber jeder fortschrittlichen Bewegung. Der Militarismus brauche außerdem den Stumpfsinn der Menschen, damit er die Masse wie eine Herde Vieh treiben könne. Die antimilitaristische Agitation müsse über die Gefahren des Militarismus aufklären, jedoch müsse sie dies



im Rahmen der Gesetze tun. Letzteren Hinweis nahm ihm später das Reichsgericht im Hochverratsprozess nicht ab. Den Geist des Militarismus charakterisierte Liebknecht in dieser Schrift mit einem Hinweis auf eine Bemerkung des damaligen preußischen Kriegsministers General Karl von Einem, wonach diesem ein königstreuer und schlecht schießender Soldat lieber sei als ein treffsicherer Soldat, dessen politische Gesinnung fraglich bzw. bedenklich sei.
1913 zog er als einer der jüngsten SPD-Abgeordneten in den Reichstag ein. Dort trat er sofort als entschiedener Gegner einer Heeresvorlage auf, die dem Kaiser Steuermittel für die Heeres- und Flottenrüstung bewilligen sollte. Er konnte außerdem nachweisen, dass die Firma Krupp durch illegale Absprachen mit ausländischen Rüstungsfirmen Geschäfte machte.

Kriegskredite

Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Fraktion geschlossen für die Kriegskredite, die dem Kaiserreich nach dessen Kriegserklärung an Russland vom 2. August die totale Mobilmachung ermöglichten. Liebknecht blieb der Abstimmung fern, um nicht gegen die eigene Partei stimmen zu müssen. Aber am 2. Dezember 1914 stimmte er als zunächst einziger Reichstagsabgeordneter gegen die erste Verlängerung der Kriegskredite. Am 20. März 1915 schloss sich ihm Otto Rühle an, der ebenfalls bereits öffentlich gegen die Kriegskredite aufgetreten war.
Liebknecht wurde daraufhin an die Front einberufen, obwohl er eigentlich als Reichstagsabgeordneter politische Immunität genoss. Er erlebte als Armierungssoldat (beschäftigt mit dem Bau von Befestigungsanlagen) zusammen mit den einfachen Soldaten den Krieg an der West- und Ostfront . Die Militärgesetzgebung verbot ihm politische Aktivität außerhalb des Reichstages. Bis dahin hatte er auf verschiedene Weise versucht, eine innerparteiliche Opposition gegen die SPD-Politik des Burgfriedens zu bilden. So war er im Sommer und Herbst 1914 mit Rosa Luxemburg durch ganz Deutschland gereist, um – weitgehend erfolglos – kriegsgegnerische Abgeordnete zur Ablehnung der Finanzbewilligung für den Krieg zu bewegen. Er nahm auch Verbindung zu anderen europäischen Arbeiterparteien auf, um diesen zu signalisieren, dass nicht alle deutschen Sozialdemokraten für den Krieg seien. Er war ein aktives Mitglied der sich um Rosa Luxemburg formierenden „Gruppe Internationale“.
In einen Flugblatt vom Mai 1915 wendet sich Karl entschieden gegen den Krieg, aus diesem Dokument stammt sein wohl berühmtestes Zitat „Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!“.
1916 stimmten bereits 20 SPD-Abgeordnete gegen weitere Kriegskredite. Daraufhin schloss die SPD-Reichstagsfraktion diese Kriegsgegner, darunter Liebknecht, am 12. Januar 1916 aus ihren Reihen aus.
Zur „Osterkonferenz der Jugend“ sprach er in Jena vor 60 Jugendlichen zum Antimilitarismus und zur Änderung der gesellschaftlichen Zustände in Deutschland. Am 1. Mai jenes Jahres trat er als Führer einer Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin auf, wurde verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. Am 23. August 1916 wurde er deswegen zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Der erste Prozesstag, eigentlich gedacht als Exempel gegen die sozialistische Linke, geriet zum Fiasko für die kaiserliche Justiz: Organisiert von den Revolutionären Obleuten fand in Berlin ein spontaner Solidaritätsstreik mit über 50.000 Beteiligten statt. Statt die Opposition zu schwächen, gab Liebknechts Verhaftung dem Widerstand gegen den Krieg neuen Auftrieb. In Liebknechts Haftzeit fiel die Spaltung der SPD und Gründung der USPD im April 1917.

Revolution

Im Zuge einer allgemeinen Amnestie wurde Liebknecht begnadigt und am 23. Oktober 1918 vorzeitig aus der Haft entlassen. Er reiste sofort nach Berlin, um dort den Spartakusbund zu reorganisieren, der nun als eigene politische Organisation hervortrat. Bei seinem Eintreffen gab die Gesandtschaft des seit Ende 1917 nach der Oktoberrevolution unter kommunistischer Führung stehenden Russlands ihm zu Ehren einen Empfang. Angespornt von diesem Erlebnis drängte Liebknecht auf einen baldigen Aufstand in Berlin, musste jedoch hinnehmen, dass auf Betreiben der Revolutionären Obleute der Aufstandstermin mehrfach vertagt wurde. Obwohl die Vorbereitung des Aufstandes in Berlin im Wesentlichen von den Obleuten organisiert wurde, avancierte der wesentlich bekanntere Liebknecht am 9. November zum Sprecher der revolutionären Linken. Kurz nachdem der SPD-Politiker Philipp Scheidemann die Abdankung des Kaisers verkündet und die „deutsche Republik“ ausgerufen hatte, rief Liebknecht vor dem Berliner Stadtschloss eine „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ aus, und schwor die Kundgebungsteilnehmer zugleich auf die internationale Revolution ein. Um dieses Ziel voranzubringen, gab er gemeinsam mit Rosa Luxemburg nun täglich die Zeitung Die Rote Fahne heraus.

Gründung der KPD und Ermordung Karl Liebknechts

Am 1. Januar 1919 stellte sich die Kommunistische Partei Deutschlands der Öffentlichkeit vor. Ab dem 8. Januar nahmen ihre führenden Vertreter, allen voran Liebknecht, am sogenannten Spartakusaufstand teil, der von unabhängigen Arbeiterräten ausging. Diese versuchten die Übergangsregierung Friedrich Eberts mittels eines Generalstreiks zu stürzen und besetzten dazu mehrere Berliner Zeitungsgebäude. Liebknecht trat in die Streikleitung ein und rief entgegen dem Rat von Rosa Luxemburg zusammen mit der USPD zur Volksbewaffnung auf.
Wenige Tage nach dem gescheiterten Aufstandsversuch wurden Liebknecht und Luxemburg in einem Versteck in Wilmersdorf von einer „Bürgerwehr“ entdeckt, aufgegriffen und an die Garde-Kavallerie-Schützen-Division – das weitaus größte der frisch aufgestellten Freikorps – übergeben. Am frühen Morgen des 15. Januar 1919 wurden Liebknecht und Luxemburg vor dem Hotel zuerst bewusstlos geschlagen, dann in einen bereitstehenden PKW gesetzt und abtransportiert. Im Tiergarten hielt der Wagen, Liebknecht wurde zum Aussteigen gezwungen und dann von hinten erschossen, so dass im Nachhinein behauptet werden konnte, er sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden.
Ein ziviler Mordprozess gegen die Mörder Liebknechts und Luxemburgs fand nicht statt, eine Untersuchung zu den Hintergründen wurde nicht eingeleitet. Karl Liebknecht wurde auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde (ab 1949 Gedenkstätte der Sozialisten) beerdigt.



Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde



Reform und Revolution bei Rosa Luxemburg

von Stefan Bornost

Die Debatte um Reform und Revolution ist ein heißer Anwärter auf den Titel „Größtes Missverständnis auf der Linken". Die Karikatur der Positionen sieht so aus: Auf der einen Seite stehen Linke, die das System stürzen wollen – auf der anderen Seite diejenigen, die Veränderungen im hier und jetzt wollen. Träumer versus Realisten.

Das war und ist niemals der Kern der Diskussion gewesen. Linke begrüßen jede reale Reformen, welche die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Wir sind keine Anhänger einer „Schlechter ist besser"-Theorie, in der die Menschen um so fortschrittlicher werden, je schlechter es ihnen geht. Die Realität spricht dagegen: In den Slums dieser Welt bringen die Armen sich öfter gegenseitig um, als zum Aufstand gegen die Reichen zu blasen. Damit revolutionäre Bewegungen entstehen, braucht es mehr als das drängende Gefühl von existenzieller Not oder politischer Unterdrückung der breiten Massen – die Menschen brauchen auch Selbstbewusstsein, um aus der Zuschauerrolle hinauszutreten und das Gefühl der Machtlosigkeit zu überwinden, welches der Kapitalismus in jedem einzelnen fördert. Dieses Selbstbewusstsein fällt nicht vom Himmel, sondern ist Resultat vorheriger Kämpfe um Verbesserungen und Veränderungen – Reformkampf eben. Diese klassische Formulierung des Verhältnisses von Reform und Revolution ist vor allem mit einem Namen verbunden: Rosa Luxemburg.

In der rechten Ecke: Eduard Bernstein vom Team Reformismus

Rosa Luxemburg begann im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, sich in die Debatten der SPD einzumischen. Die SPD von damals hatte außer dem Namen mit dem Haufen von heute wenig zu tun.

Sie war das Kronjuwel der Zweiten Internationalen – die mächtigste und erfolgreichste Arbeiterpartei der Welt. Sie zählte eine Million Mitglieder, 110 Reichstags- und 231 Landtagsabgeordnete, 11.000 Gemeindevertreter, 320 Magistrate. Schon 1899 gab die Partei über 73 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 400.000 Exemplaren heraus. 49 dieser Zeitungen erschienen täglich.

Dazu führte die SPD eine Reihe von Arbeitermassenorganisationen – in den Konsumgenossenschaften waren 1,3 Millionen Menschen organisiert, in den sozialdemo-

Stefan Bornost, Redakteur der Zeitschrift marx21, Kontakt: bornost@gmx.net

kratischen Gewerkschaftsverbänden sogar 2,6 Millionen Arbeiter. Dazu kamen sozialdemokratische Frauenverbände, Turnverbände und Sangesgruppen.
Die Partei stand theoretisch auf Grundlage des radikalen marxistischen „Erfurter Programms“ von 1891, in dem von einem unversöhnlichen Klassenkampf von Arbeitern und Bürgertum die Rede war und der Sozialismus als Ziel festgeschrieben wurde. Darin heißt es, dass der „Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat immer erbitterter [wird] […] Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, dass die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, dass das Privateigentum an Produktionsmittel unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“

Wandtafel mit Marx-Abbildung in Berlin-Mitte: „Es lebe die soziale Revolution – Es lebe der Frieden der Völker“



Doch hinter der knallroten Fassade tobte ein unterschwelliger Flügelkampf. Im Kern ging es dabei um Folgendes: Alle Flügel waren sich einig darüber, dass es Aufgabe der Partei sei, eine allmähliche und ständige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus zu erreichen. Wenn möglich, sollten parlamentarische Mehrheiten für Reformen genutzt werden. Außerdem sollten über gewerkschaftliche Kämpfe weitere Zugeständnisse durchgesetzt werden.
Gestritten wurde darüber, ob sich die Strategie der SPD darin erschöpfen sollte. Die damaligen „Modernisierer“ um Eduard Bernstein bejahten dies – der Kapitalismus habe sich grundlegend gewandelt, große Krisen und Kriege seien nicht mehr zu erwarten. Deshalb ist der Übergang zum Sozialismus als das Ergebnis steter Reformbewegung denkbar – bis irgendwann eine Mandatsmehrheit der SPD dem Kapitalismus den Garaus macht.
Bernstein Position wurde durch die reale wirtschaftliche Entwicklung stark gemacht. Deutschland boomte. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate lag von 1895 bis 1913 lag bei 3,3 Prozent – dreimal so hoch wie in der Periode der langen Depression zuvor.
Den Anstoß hierfür gab die imperialistische Kolonialpolitik, an der sich alle Industrieländer zugleich und in Konkurrenz gegeneinander beteiligten. Der durchschnittliche Stundenlohn war in der Periode 1867-1873 sehr rasch um 45 Prozent angestiegen, von 1873-1879 um 15 Prozent gefallen, in den 13 Jahren von 1882 bis 1895 um 27 Prozent langsam wieder angestiegen, um dann von 1895 bis 1913 um 54 Prozent rasch und anhaltend zu steigen. Die tägliche Arbeitszeit sank langsam aber stetig auf 9 bis 10 Stunden 1913.
Diese Entwicklung zusammengenommen mit dem Wachstum der SPD an Stimmen und Mitgliedern brachte den rechten Flügel der SPD zur Auffassung, gewerkschaftlicher und parlamentarischer Kampf reichten aus, um den Kapitalismus grundlegend zu verändern. Vor allem in der Reichstagsfraktion setze sich diese Theorie fest.
So heißt es im Wahlaufruf der SPD-Fraktion zur Reichstagswahl 1884: „Der Stimmzettel ist das Werkzeug, mit dem Ihr den Staat nach Eurem Gefallen, zu Eurem Nutz und Frommen zurechtzimmern könnt. Ihr seid also im wahrsten Sinne des Wortes Eures Glückes Schmied.“
In solchen Formulierungen ist die Linie überschritten zwischen Reformpolitik, die auch Revolutionäre befürworten und der politischen Strategie des Reformismus, die linke Politik darauf reduziert, dass jeweils machbare im Parlament durchzusetzen – bei Passivität des Stimmviehs.
Heute bildet der Reformismus die politische Grundlage von Parteien wie der SPD – und ist dazu zu einem Reformismus ohne positiven Inhalt, ohne Reformen im eigentlichen Sinne verkommen. Wenn Gerhard Schröder „Reform“ sagte, meinte er die Agenda 2010 – eine Gegenreform gegen sozialstaatliche Errungenschaften.

Und in der linken Ecke: Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg lief gegen den Reformismus Sturm. Ihre Begründung : „Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zwecke zu machen. Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt, so ist die Frage ‚Sozialreform oder Revolution?' im Bernsteinschen Sinne für die Sozialdemokratie zugleich die Frage: Sein oder Nichtsein? In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern handelt es sich in letzter Linie nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung.“
In ihrer 1898 erschienenen Broschüre „Sozialreform oder Revolution“ stellt sie als erstes ihre Verständnis von Reform und Revolution dar: „Der Titel der vorliegenden Schrift kann auf den ersten Blick überraschen. Kann denn die Sozialdemokratie gegen die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform entgegenstellen? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der poli-

tischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist."

Darin liegt der wesentliche Unterschied zwischen einer bürgerlichen und einer revolutionären Partei: „[…] eine bürgerliche Partei, das heißt eine Partei, die zur bestehenden Ordnung im ganzen Ja sagt, die aber zu den tagtäglichen Konsequenzen dieser Ordnung Nein sagen will, das ist ein Zwitterding, ein Gebilde, das weder Fleisch noch Fisch ist. Ganz umgekehrt liegen die Dinge bei uns, die wir in grundsätzlichem Gegensatz zu der ganzen gegenwärtigen Ordnung stehen. Bei uns liegt in dem Nein, in der unversöhnlichen Haltung unsere ganze Kraft.

Nur weil wir keinen Schritt von unserer Position weichen, zwingen wir die Regierung und die bürgerlichen Parteien uns das wenige zu gewähren, was an unmittelbaren Erfolgen zu erringen ist.

Fangen wir aber an, im Sinne des Opportunismus ‚dem Möglichen' unbekümmert um die Prinzipien und auf dem Wege staatsmännischer Tauschgeschäfte nachzujagen, geraten wir bald in die Lage des Jägers, der das Wild nicht erlegt und zugleich die Flinte verloren hat."

Bernstein stellte den Staat als neutralen Raum dar – wer grade um Steuer sitzt, kann ihn auch lenken. Luxemburg dagegen: „Der heutige Staat ist eben keine ‚Gesellschaft' im Sinne der ‚aufstrebenden Arbeiterklasse', sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, d.h. Klassenstaat. Deshalb ist auch die von ihm gehandhabte Sozialreform […] eine Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozeß des Kapitals. Darin, d.h. in den Interessen des Kapitals, findet auch die Sozialreform ihre natürlichen Schranken."

Für Bernstein war der Kampf um den nächsten kleinen Schritt der erschöpfende Inhalt sozialistischer Tätigkeit. Kein noch so umfassendes Reformwerk kann aber, wie Luxemburg argumentierte, für die Ewigkeit gebaut sein. Denn die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems garantiert keine Errungenschaft. Was heute erreicht ist, muss schon morgen wieder verteidigt werden. Insbesondere wies Rosa Luxemburg darauf hin, dass der von Bernstein so abgefeierte Boom auf zwei Grundlagen beruht: a) Die steigende Konzentrierung des Kapitals in große Unternehmen und deren zunehmende Verflechtung mit dem Staat und b) das Wettrennen der großen imperialistischen Mächte um Kolonialgebiete, um Rohstoffe und Märkte. Beides zusammen bedeutet akute Kriegsgefahr – mit einem daraus folgenden Absturz der Lebensbedingungen der Arbeiter. Bernsteins „goldenes Zeitalter" trägt den Keim seines Untergangs in sich – eine Einschätzung die sich 1914 mit der Katastrophe des Erster Weltkriegs als richtig erweisen sollte.

Sisyphos Muskeln

In ihrer Arbeit „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft" über die erste russische Revolution von 1905 vergleicht Luxemburg die ständige Reformarbeit mit dem griechischen Sagenhelden Sisyphos. Er war von den Göttern dazu verdammt, einen Felsbrocken einen Berg hinaufzuwälzen, um immer aufs Neue erleben zu müssen, wie sich der Stein kurz vor dem Gipfel als stärker erweist und hinabrollt – auf die Dauer ein frustrierendes Geschäft.

Luxemburg glaubte also weder an eine Abschaffung des Kapitalismus durch Reformen noch an eine grundlegende und dauerhafte Verbesserung der sozialen Lage ohne Revolution.

Dennoch stammt der Satz, die Revolutionäre müßten die besten und entschlossensten Kämpfer für Reformen sein, ebenfalls aus ihrer Feder. Für sie ist nicht die Reform oder Lohnerhöhung an sich der eigentlich bedeutsame Schritt. Sondern die erfolgreiche Erfahrung derer, die dafür gekämpft haben. Deren gestiegene Kampfkraft ist es, die das Kräfteverhältnis zwischen Kapital bzw. Staat und Arbeiterbewegung verändert: „Die große sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes besteht darin, dass sie die Erkenntnis, das Bewußtsein des Proletariats sozialisieren, es als Klasse organisieren."

Das ständige Ringen um konkrete, oftmals banale Reformen ist also die Kampfschule der Bewegung. Alle Dynamik, alle Erfahrung und alles Selbstbewußtsein der Arbeiterbewegung rühren daher. Sisyphos setzt Muskeln an. Entscheidend war für sie folglich die Beziehung zwischen dem Tageskampf um beschränkte Ziele und dem Kampf um das endgültige Ziel der sozialistischen Revolution.

Deshalb ist das ‚Wie' zentral. Der Kampf um Reformen darf nicht als interner Papierkrieg von Experten und Parlamentariern geführt werden. Entscheidend ist die eigenständige Aktivität der Massen. Nur so kann die Arbeiterklasse genug Kampferfahrung sammeln, um eines Tages einen Zusammenbruch des Kapitalismus wie die Krisen 1917-1919 oder in den 1930er Jahren zur revolutionären Machtübernahme nutzen zu können. Diese Betonung des eigenständigen Kampfs grenzt Luxemburg nicht nur gegen die reformistische Sozialdemokratie ab, für die die Aufgabe der Massen lediglich im Wahlakt besteht.

Sie ist auch mit dem diktatorischen Partei- und Personenkult des Stalinismus nicht unter einen Hut zu bringen. Der Glaube, man könne den Sozialismus durch die Panzer einer vermeintlich roten Armee einführen, passt nicht zum Konzept der Selbstemanzipation der Arbeiterklasse durch eigenes Handeln.

Zusammengefasst in Rosa Worten: „Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie zum Beispiel Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten. So gelangt man von den politischen Ansichten des Revisionismus zu dem selben Schluss, wie von seinen ökonomischen Theorien: dass sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen."

Bewegungen und Revolutionen: Lokomotive für Reformen

Das Luxemburgs Einschätzung über das Verhältnis Reform und Revolution korrekt war, zeigt ein kurzer Blick auf die Geschichte des deutschen Sozialstaats – ein Produkt von Bewegungen, Revolutionen und Angst vor denselben.

Den größten und nachhaltigsten Ausbau der Sozialreform brachte die Revolution von 1918, als Arbeiter- und

Soldatenräte für kurze Zeit den Kapitalismus in seiner Existenz bedrohten. In einem Zentralabkommen mit den Gewerkschaften akzeptierten die Arbeitgeberverbände die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, stimmten der Bildung von Betriebsräten in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten zu, setzten das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden bei vollem Lohnausgleich fest. J. Reichert, der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, sagte über die Gründe des plötzlichen „Reformeifers" seiner Klasse: „Es kam darauf an, das Unternehmertum von der drohenden [...] Sozialisierung und der nahenden Revolution zu retten." Die Revolution hatte das Kräftegleichgewicht zugunsten der Arbeiter verschoben.
1957 führte der CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer die „dynamische Rente" , das heißt die jährliche Anpassung der Rentenhöhe an die Bruttolöhne der Beitragszahler. Die dynamische Rente wurde damals zu Recht als enormer sozialer Fortschritt verstanden, sie eröffnete die Perspektive des Alterns ohne Armut und Elend. Aber auch diese Reform war nicht einfach ein Geschenk der konservativen Regierung an das dankbare Volk.
Die Arbeitslosigkeit war in den Jahren zuvor von 10,4 Prozent (1950) auf 3,5 Prozent (1956) zurückgegangen und damit war das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft wieder erwacht. Die IG Metall hatte im Oktober 1956 die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden erreicht. Noch im gleichen Monat traten 34.000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in den Streik, um eine Angleichung der Lohnfortzahlung bei Krankheit an die gesetzliche Regelung für die Angestellten durchzusetzen. Der Streik dauerte fast vier Monate und endete erst am 14. Februar 1957 – genau neun Tage bevor im Bundestag die Rentenreform beschlossen wurde.
In der ersten Hälfte der 1970er Jahre waren das Selbstbewusstsein und Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft rasch gewachsen, es gab politische Streiks gegen den Versuch der CDU, 1972 den SPD-Kanzler Willy Brandt zu stürzen, immer wieder kam es zwischen 1969 und 1974 zu meist erfolgreich Streiks um Löhne und Arbeitsbedingungen und es war kein Zufall, dass der Sozialstaat eben in dieser Zeit auch noch einmal ausgebaut wurde. Es gab nun auch die gesetzliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (1969) , die Senkung des Rentenalters auf 63 (Männer) und 60 Jahre (Frauen) (1972), den Ausbau der Bildungssektors und die Einführung der Ausbildungsförderung (Bafög) für Schülerinnen, Schüler und Studierende (1971), der den Zugang zu den Universitäten und Hochschulen auch für jene öffnete, die nicht aus wohlhabenden Familien kamen.

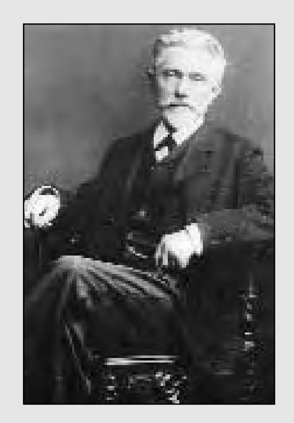
Die Debatte heute

Die Debatte über Reform und Revolution hat heute eine vernünftige Neuauflage verdient. Wir stehen in der Anfangsphase der größten Systemkrise seit der Großen Depression. Wie jede Krise zuvor kann auch diese Krise von den Herrschenden gelöst werden – vorausgesetzt, sie schaffen es, die Mehrheit den Preis dafür zahlen zu lassen. Massive gesellschaftliche Kämpfe kündigen sich an – der griechische Aufstand bietet einen Vorgeschmack auf die kommenden Jahre.
Gleichzeitig haben wir in Deutschland eine neue politische Konstellation: Mit der Partei DIE LINKE ist erstmals seit dem KPD-Verbot 1956 wieder eine relevante, in der Arbeiterbewegung verankerte Kraft links von der SPD entstanden. In der radikalen Linken scheiden sich an der LINKEN die Geister: Die einen sehen in ihr nur eine SPD 2.0, einen Neuaufguss des Reformprogramms der Sozialdemokratie der 1970er, ohne revolutionäres Programm und Profil - eine Sackgasse. Andere, auch der Autor dieses Textes, sehen die Entwicklung offener: In Krisenzeiten wie diesen sind ist Forderungen wie eine saftige Vermögenssteuer, Rücknahme der Kernstücke der Agenda 2010 (Hartz IV und Rente mit 67), Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Rückkehr zur 35-Stunden-Woche potentiell systemsprengend. Die Konkurrenz im globalen Maßstab hat sich massiv verschärft, Nationalökonomien sind jetzt Standorte die sich Unterbietungswettläufe um die schlechtesten Löhne und miesesten Sozialstandards liefern. Weder Konzerne noch Regierungen sind unter diesen Bedingungen zu realen Zugeständnissen bereit – im Gegenteil, das bereits Erreichte wird im großen Stil zur Disposition gestellt – Stichwort Agenda-Politik. Momentan sind die Regierungen vorsichtiger geworden, weil der Kapitalismus ideologisch momentan mit runtergelassenen Hosen dasteht – in Kürze werden die Kosten der Krise aber auf allen Ebenen der Bevölkerung präsentiert werden.
Deshalb ist die spannende Frage an der LINKEN nicht, ob sie „nur" Reformforderungen stellt, sondern ob sie (und in Erweiterung alle Kräfte der Linken) bereit ist, für diese Forderungen zu mobilisieren. Denn die Sprengkraft von Forderungen für das System, bemisst sich nicht daran, wie radikal sie klingen, sondern ob a) die Herrschenden bereit und in der Lage sind, diese zu erfüllen und b) sich Millionen dafür mobilisieren lassen. Denn, wie Marx sagte: „Ideen können nie über einen Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustands hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten."
In so einem Prozess des Widerstandes stellt sich an einem Punkt auch die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse – der Revolution.



Tage der Novemberrevolution 1918 in Berlin

ZUR PERSON | August Bebel



August Bebel (1840-1913) gehörte zu einem der zentralen Figuren der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Er kam aus dem liberal-demokratischen Vereinswesen von Arbeitern und Handwerkern. Gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht (Vater von Karl Liebknecht) gründete der 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und formulierte das „Eisenacher Programm". 1892 wurde einer von zwei Vorsitzenden der aus einem Umfirmierungsprozess entstandenen SPD.
Bebel war ein bedeutender sozialdemokratischer Parlamentarier im Deutschen Kaiserreich und repräsentierte gegenüber einem revolutionären und einem rechten Flügel das „marxistische Zentrum" innerhalb der SPD. Er starb 1913 in Zürich.



Rosa Luxemburgs Theorie der kapitalistischen Landnahme

Von Werner Rätz

Sie habe, führt Rosa Luxemburg im Vorwort zu ihrem im Dezember 1912 veröffentlichten Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ aus, beim Versuch einer populären Darstellung der Marx’schen ökonomischen Theorie eine „unerwartete Schwierigkeit“ erfahren: „Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen.“ (S. 7)

Damit sind die beiden wesentlichen Anliegen des umfangreichen Textes benannt: Luxemburg konstatiert, dass die Frage, wie gesamtgesellschaftlich Kapital akkumulieren, also sich beständig vermehren kann, bei Marx nicht umfassend geklärt ist, sondern nur aus der Betrachtung des Produktions- und Zirkulationsprozesses in seiner Gesamtheit geleistet werden kann. Und sie geht davon aus, dass die Selbstverwertung des Kapitals kein unendlicher Prozess ist, sondern an unüberwindbare historische Grenzen stößt. Während ihre aus dem ersten Punkt abgeleitete Theorie der kapitalistischen Landnahme heutzutage häufig erwähnt wird, hat ihr die Rede von der „objektiven Schranke“ der Kapitalakkumulation häufig den Vorwurf einer simplen Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus eingetragen. Dabei beziehen sich Zustimmung wie Kritik in der Regel nicht auf ihren Text. Die Darstellung dessen soll im Folgenden geliefert werden.

Die Marx’sche Darstellung der Verwertung des Einzelkapitals bietet keine besondere theoretische Schwierigkeit. Da verfügt ein Investor über eine Summe Geld – wobei es keine Rolle spielt, ob dies sein Eigentum oder geliehen ist – die er in einen beliebigen Produktionsprozess steckt, sagen wir, er baut eine Ölraffinerie. Dazu kauft er die notwendigen Materialien, beschäftigt die dazu qualifizierten Arbeiter, die tun ihre Arbeit, die Ölprodukte kommen auf den Markt, werden verkauft und der Investor erhält eine größere Summe Geld zurück, wie er in den ganzen Prozess hineingesteckt hatte. Das ist leicht zu verstehen: Menschen haben gearbeitet und

Werner Rätz ist aktiv bei Attac und der Informationsstelle Lateinamerika (www.ila-web.de)

einen neuen Wert geschaffen. Dieser Mehrwert ermöglicht die Zahlung des Preises für den Kredit, also der Zinsen, wenn das Geld geliehen war, und stellt im Übrigen den Gewinn des Investors dar.

Was so einfach erscheint und in unserem Beispiel auch einfach ist, hat allerdings einen Haken. Damit der nächste Produktionszyklus stattfinden kann – und erst dann können wir von „Reproduktion", also beständig erneuerter Produktion des Kapitals reden – muss das Ergebnis des vorherigen Zyklus auch tatsächlich verkauft werden: „Als erste Bedingung der Reproduktion erscheint für den kapitalistischen Produzenten die gelungene Realisierung der in der vorhergegangenen Periode hergestellten Waren" (S 17). Das ist schon für das Einzelkapital nicht immer einfach, lediglich im Falle unseres Ölproduzenten spricht alle Erfahrung dafür, dass der Verkauf gelingt, sollte er Autos herstellen, hat er aktuell Schwierigkeiten. Gesamtgesellschaftlich kann die Akkumulation und damit die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter nur gelingen, wenn das gesamte Produkt (oder doch der ganz überwiegende Teil davon) verkauft wird.

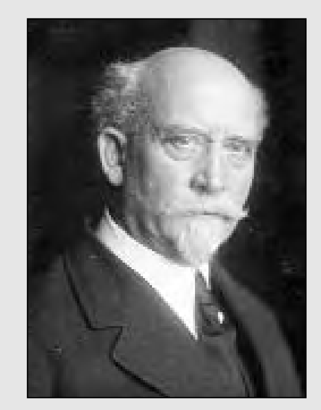
Luxemburg fasst das so zusammen und zeigt damit, wie alle Bereiche des Produktions- und Zirkulationsprozesses einbezogen sind: Erstens muss im Produktionsprozess tatsächlich ein Mehrprodukt erzeugt worden sein. Zweitens muss dieses auf dem Warenmarkt verkauft und damit als Mehrwert realisiert werden. Drittens muss der Teil des Mehrwerts, der akkumuliert werden soll, ebenso wie das ursprüngliche Kapital auf dem Warenmarkt die nötigen Produktionsmittel und auf dem Arbeitsmarkt die qualifizierten Arbeitskräfte und diese schließlich auf dem Warenmarkt die notwendigen Lebensmittel finden. Damit der Gesamtkreislauf der kapitalistischen erweiterten Reproduktion vollendet wird, muss „die zuschüssige Warenmenge, die das neue Kapitals samt neuem Mehrwert darstellt, realisiert, in Geld umgewandelt werden" (S. 22).



Marx hatte nun in seiner Analyse idealtypisch angenommen, dass die gesamte Gesellschaft ausschließlich aus Arbeitern und Kapitalisten bestehe. Das schien legitim, sind doch nur diese beiden Klassen beteiligt, die einen mit dem (Geld)Kapital, die anderen mit ihrer (mehr)wertschaffenden Arbeitskraft. Für den Prozess der einfachen Reproduktion, also unter der Annahme, dass die Kapitalisten den gesamten Mehrwert selbst konsumieren würden, hatte er zeigen können, wie der Vorgang funktioniert. Dabei ergab sich, dass ebenso wie für das Einzelkapital sich die Produktion der Gesamtgesellschaft in der Formel Produktionsmittel plus Löhne plus Mehrwert (oder in Marx'schen Formeln c + v + m) darstellen lässt. Zweitens müssen sowohl Produktionsmittel als auch Lebensmittel hergestellt werden, und zwar in einem jeweils bestimmten quantitativen Verhältnis (S. 7). Dies gelingt nur, wenn neben einem tatsächlich verfügbaren Mehrwert im Prozess der erweiterten Reproduktion der Anteil des konstanten Kapitals c, also der Produktionsmittel, am gesellschaftlichen Gesamtkapital wächst und wenn zweitens eine industrielle Reservearmee vorhanden ist. Ein dauernder Überhang an Produktionsmitteln wie an Arbeitskräften ist Voraussetzung, damit auf Unterversorgung in bestimmten Bereichen rasch reagiert werden kann (S. 83).

Marx entwickelt den Vorgang in einzelnen Rechenbeispielen, denen Luxemburg ausführlich folgt. Innerhalb der Marx'schen Annahmen stellen Löhne v und Mehrwert m die einzige Kaufkraft dar, die die produzierten Waren realisieren, also in Geld verwandeln kann. Diese Verwandlung in Geld ist die unbedingte Voraussetzung zur kapitalistischen Reproduktion, da das Mehrprodukt nicht unmittelbar in den neuen Produktionsprozess übertragen werden kann (S. 106). v + m können aber nicht das gesamte Mehr-

ZUR PERSON | Phillip Scheidemann



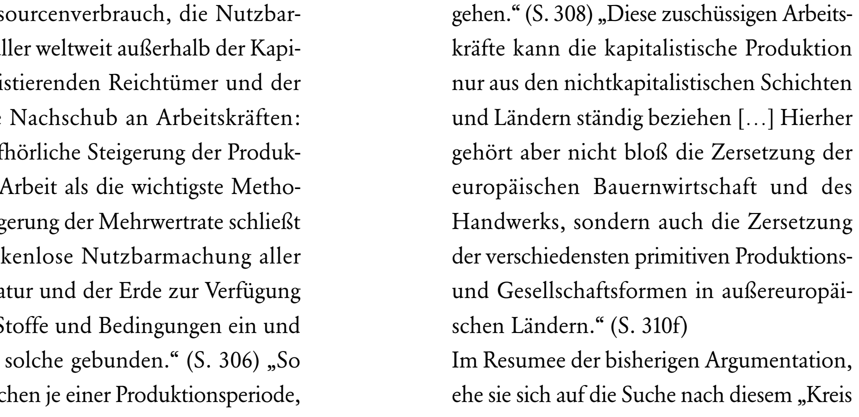
SPD-Politiker und Publizist (1865-1939). Während der Novemberrevolution am 9. November 1918 verkündete Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus den Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs und proklamierte die Deutsche Republik. Im weiteren Verlauf der Novemberrevolution wurde Scheidemann Mitglied im Rat der Volksbeauftragten und war dabei vorrangig für die Finanzpolitik zuständig.

Bei den Weihnachtskämpfen von 1918 stellte Scheidemann sich hinter die Entscheidung Eberts, gegen die Besetzung des Berliner Stadtschlosses durch die linke Volksmarinedivision mit militärischer Gewalt vorzugehen. Scheidemann wurde zum Mitglied der Weimarer Nationalversammlung gewählt. Von Ebert wurde Scheidemann mit der Regierungsbildung beauftragt, diese erfolgte zum 13. Februar 1919. Scheidemann amtierte von da an bis zum 20. Juni 1919 als Reichsministerpräsident (Reichskanzler). Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er zur Flucht ins Ausland genötigt, wo er bis zu seinem Tod 1939 lebte, zuletzt in Dänemark.

produkt kaufen, und zwar deshalb, weil erstens die Produktionsmittel für den erweiterten Produktionsprozess schon in diesem Zyklus produziert werden müssen, die Kaufkraft dafür aber erst nach Verkauf der gesamten Produktion entsteht. Und zweitens wird ein erweiterter Produktionszyklus nur in Angriff genommen werden, wenn die Kapitalisten annehmen können, dass das Mehrprodukt auch Abnehmer findet. Für beides, für die Realisierung des aktuellen Mehrwertes in Geldform wie für den Absatz des zukünftigen Mehrproduktes in Warenform, ist eine Nachfrage erforderlich, die nicht aus den Löhnen und dem bisherigen Mehrwert stammen kann (S. 107). Dementsprechend ändert Luxemburg die Marx'sche Fragestellung. Dieser hatte nach dem Geld gesucht, das den Mehrwert realisieren kann, und hatte es nicht gefunden. Sie formuliert dagegen die Frage: „Wo kommt die Nachfrage her, wo ist das zahlungsfähige Bedürfnis für den Mehrwert?" (S. 132)

Luxemburg konstatiert, dass wir „im zweiten Bande des Kapitals jedenfalls keine Lösung des Problems" finden (S. 133). um nach einer ausführlichen Analyse der Vorschläge anderer Ökonomen schließlich bei Marx' eigenem Hinweis im dritten Band des Kapitals zu landen: „Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion." Diese „Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion" kann also nicht die Produktion selbst sein, in der Marx im zweiten Band das Geld für die Realisierung des Mehrwerts ausschließlich gesucht hatte, sondern es muss sich um die Konsumtion handeln, die „beständig ausgedehnt werden muss" (S. 295). Sie konstatiert: „Die Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Akkumulation ist also in einer Gesellschaft, die nur aus Arbeitern und Kapitalisten besteht, eine unlösbare Aufgabe." (S. 299)

Für deren Lösung spielen drei Bereiche eine zentrale und unverzichtbare Rolle: Der dauernd steigende Ressourcenverbrauch, die Nutzbarmachung aller weltweit außerhalb der Kapitalform existierenden Reichtümer und der beständige Nachschub an Arbeitskräften: „Die unaufhörliche Steigerung der Produktivität der Arbeit als die wichtigste Methode zur Steigerung der Mehrwertrate schließt die schrankenlose Nutzbarmachung aller von der Natur und der Erde zur Verfügung gestellten Stoffe und Bedingungen ein und ist an eine solche gebunden." (S. 306) „So liegen zwischen je einer Produktionsperiode, in der Mehrwert produziert, und der darauffolgenden Akkumulation, in der erkapitalisiert wird, zwei verschiedene Transaktionen – die Verwandlung des Mehrwerts in seine reine Wertform, die Realisierung, und die Verwandlung dieser reinen Kapitalgestalt in produktive Kapitalgestalt – , die beide zwischen der kapitalistischen Produktion und der sie umgebenden nichtkapitalistischen Welt vor sich



gehen." (S. 308) „Diese zuschüssigen Arbeitskräfte kann die kapitalistische Produktion nur aus den nichtkapitalistischen Schichten und Ländern ständig beziehen […] Hierher gehört aber nicht bloß die Zersetzung der europäischen Bauernwirtschaft und des Handwerks, sondern auch die Zersetzung der verschiedensten primitiven Produktions- und Gesellschaftsformen in außereuropäischen Ländern." (S. 310f)

Im Resumee der bisherigen Argumentation, ehe sie sich auf die Suche nach diesem „Kreis von Abnehmern außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft" (S. 300) macht, formuliert sie gleichzeitig die „objektive Schranke der kapitalistischen Akkumulation: Wir sehen jedoch, dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist. Dieses Verhältnis erschöpft sich nicht durch die nackte Frage des Absatzmarktes für das ‚überschüssige Produkt', wie das Problem von Sismondi und den späteren Kritikern der kapitalistischen Akkumulation gestellt wurde. Der Akkumulationsprozess des Kapitals ist durch alle seine Wertbeziehungen und Sachbeziehungen: konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert an nichtkapitalistische Produktionsformen gebunden. Letztere bilden das historische Milieu jenes Prozesses. Die Kapitalakkumulation kann so wenig unter der Voraussetzung der ausschließlichen und absoluten Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise dargestellt werden, dass sie vielmehr ohne das nichtkapitalistische Milieu undenkbar ist." (S. 313f) Ihr daraus die einfache Ansicht zu unterstellen, man müsse nur lange genug warten, bis sich der Kapitalismus von selbst erledige, gibt der Text allerdings nicht her. Vielmehr verweist sie mit ihrem Argument auf eine weiter krisenhafte Seite des Kapitalismus, die diesen zu dauernden Anpassungsmaßnahmen zwingt: „Die Bedingungen der Kapitalisierung des Mehrwerts und die Bedingungen der Erneuerung des Gesamtkapitals treten miteinander immer mehr in Widerspruch, der übrigens nur ein Reflex des widerspruchsvollen Gesetzes der fallenden Profitrate ist." (S. 316)

In den folgenden Kapiteln zeigt der Text sehr ausführlich und faktenreich, wie kapitalistische Landnahem konkret funktioniert. Zunächst gilt allgemein, dass der Kapitalismus die Naturalwirtschaft zu beseitigen sucht. Dabei verfolgt er vier Ziele: „1. sich wichtiger Quellen von Produktivkräften direkt zu bemächtigen, wie Grund und Boden, Wild der Urwälder, Mineralien, Edelsteine und Erze, Erzeugnisse exotischer Pflanzenwelt, wie Kautschuk usw.; 2. Arbeitskräfte ‚frei' zu machen und zur Arbeit für



das Kapital zu zwingen; 3. die Warenwirtschaft einzuführen; 4. Landwirtschaft von Gewerbe zu trennen." (S. 317f) Im Einzelnen zeigt sie den Vorgang am Beispiel des englischen Kolonialismus in Indien und des französischen in Algerien. Sie untersucht die Einführung der Warenwirtschaft in China als einen Prozess blutiger Kriege und die Zerstörung der nordamerikanischen Bauernwirtschaften ebenfalls als Folge des Krieges. Der Eisenbahnbau spielt bei all diesen Vorgängen ebenso regelmäßig eine Rolle die Veranlagung der Natural- oder einfache Warenwirtschaft betreibenden Schichten zu in Geldform zu entrichtenden Steuern. Dabei kann der Krieg Ausgangspunkt des Prozesses sein wie in den USA oder sein Abschluss wie in Südafrika. Um den Weltmarkt auszudehnen bzw. erst herzustellen spielt auch die Finanzpolitik, hier in Form der „internationalen Anleihe" eine wesentliche Rolle, wobei die Ausbreitung der Baumwollindustrie ebenso betrachtet wird wie die speziellen Entwicklungen in Argentinien und Ägypten oder der Türkei – hier unter Führung des deutschen Kapitals. Auch die Diskussion von Schutzzoll und Freihandel entbehrt nicht aktueller Relevanz.

Es wurde schon auf die Bedeutung des Militärs hingewiesen, immer sind die Prozesse kapitalistischer Landnahme gewaltsame Vorgänge. Aber der Militarismus spielt noch einmal eine besondere Rolle in der Kapitalakkumulation und dieser Aspekt ist aus seiner heutigen Kritik auch innerhalb der Linken praktisch vollkommen verschwunden. „Der Militarismus […] begleitet die Schritte der Akkumulation in allen ihren geschichtlichen Phasen." (S. 398) Das liegt daran, dass die Staaten den Kauf von Lebensmitteln mit indirekten Steuern belegen. Bei Luxemburg sind die Lebensmittel noch das Einzige, das die Arbeiter für ihren Lohn, oder akkumulationstheoretisch ausgedrückt, das für das variable Kapital v gekauft wird. Die Argumentation gilt aber in gleicher Weise für alle mit Steuern belegten Produkte, die von v gekauft werden.

Der Betrag der Steuern geht ja nicht in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ein, sondern stellt einen Abzug von Lohn, gesamtgesellschaftlich von v, dar. „Insofern läuft das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus der indirekten Besteuerung, um daraus die Stützen der kapitalistischen Staatsmaschinerie zu erhalten, einfach auf eine Vergrößerung des Mehrwerts, und zwar konsumierten Teils des Mehrwerts, hinaus; nur dass diese ergänzende Teilung zwischen Mehrwert und variablem Kapital post festum, nach dem vollzogenen Austausch zwischen Kapital und Arbeitskraft geschieht." (S. 400). Damit überträgt die Arbeiterklasse einen Teil ihrer Kaufkraft auf den Staat und dieser Teil liegt unmittelbar in kapitalisierter, also in Geldform vor. Er stellt damit sofort zahlungsfähige Nachfrage für eine vergrößerte Warenproduktion dar. Da die Arbeiter nicht den ganzen Betrag von v in Lebensmittel umsetzen, müssen die Kapitalisten auch nicht für das gesamte v Lebensmittel produzieren. Sie haben also frei Produktionskapazitäten, mit denen sie für die freie Kaufkraft des Staates produzieren können (S. 401).

Daraus ergibt sich der Spielraum für die Produktion und den Kauf von Rüstungsgütern. Zwar hatten die Kapitalisten auch diesen Teil der Kaufkraft ursprünglich selbst in anderen Produktionszweigen investieret, aber „die vom Kapital in die Zirkulation geworfene Geldsumme erfüllte erst vollauf ihre Funktion im Austausch mit der Arbeitskraft, um darauf in der Hand des Staates eine neue Laufbahn zu beginnen, nämlich als fremde, dem Kapital wie dem Arbeiter äußerliche Kaufkraft, die sich auf neue Produkte, auf einen besonderen Zweig der Produktion richtet, der weder zur Erhaltung der Kapitalistenklasse noch zur Erhaltung der Arbeiterklasse dient und in dem das Kapital daher eine neue Gelegenheit findet, Mehrwert sowohl zu erzeugen wie zu realisieren." (S. 408) Dieser Vorgang ist steuertechnisch zwar identisch, unterscheidet sich im Ergebnis aber von dem Steueranteil, der zur Unterhaltung des Staatsapparates dient, da dies lediglich bedeutet, dass die Arbeiter halt für die Staatsbeamten zahlen und nicht die Kapitalisten. Daraus entsteht im Gegensatz zum hier Betrachteten keine neue Kaufkraft, sondern da geben die Beamten aus, was die Arbeiter verdient haben. Hier aber haben wir es mit einem „spezifischen Gebiet der Kapitalakkumulation zunächst von unbestimmter Ausdehnungsfähigkeit" zu tun. „Während jede andere Gebietserweiterung des Absatzes und der Operationsbasis für das Kapital in hohem Maße von geschichtlichen, sozialen, politischen Momenten abhängig ist, die außerhalb der Willenssphäre des Kapitals spielen, stellt die Produktion für den Militarismus ein Gebiet dar, dessen regelmäßige stoßweise Erweiterung in erster Linie in den bestimmenden Willen des Kapitals selbst gegen zu sein scheint." (S. 410)

Wir können heute die Theorie Rosa Luxemburgs nicht nur im wachsenden Umfang der Rüstungsproduktion wahrnehmen, sondern auch in der In-Wertsetzung von immer mehr Lebensbereichen, sei es die Verwandlung der natürlichen Vielfalt in patentgeschützte „genetische Ressourcen" oder die Privatisierung und Neuerfindung des Sozialen als Warnmärkte. So sehr sie also auch zu Recht auf einer objektiven Schranke der kapitalistischen Akkumulation bestanden hat, so wenig kann die von Luxemburg beschriebene kapitalistische Landnahme als beendet betrachtet werden.

ZUR PERSON | Clara Zetkin



Geboren 1857, Lehrerin, revolutionäre Sozialistin und Frauenrechtlerin. 1878 Eintritt in die „Sozialistische Arbeiterpartei" (Vorläuferorganisation der SPD), wegen der Unterdrückung der SPD unter dem Sozialistengesetz (1878-1890) im Exil. An der Gründung der 2. Internationale beteiligt. In der SPD auf dem linksradikalen Flügel, zugleich sehr engagiert in der sozialistischen Frauenbewegung.
Clara Zetkin war von 1891 bis 1917 Herausgeberin der sozialistischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit". Während des Ersten Weltkrieges aufgrund antimilitaristischer Aktivitäten mehrfach inhaftiert.
Später Mitbegründerin von Spartakusbund und KPD. Von 1920 bis 1933 KPD-Reichstagsabgeordnete und Herausgeberin der kommunistischen Frauenzeitschrift „Die Kommunistin".
1921 wurde Zektik Präsidentin der „Internationalen Arbeiterhilfe" und 1925 Vorsitzende der „Internationalen Rote Hilfe", die später weltweit rund 13,8 Millionen Mitglieder hatte.
Zetkin kritisierte die Stalinisierung der KPD. Sie erkannte früh die Gefahr der NSDAP und rief bereits 1932 während einer Rede im Reichstag zum Widerstand gegen die Nazis auf. 1933 wegen der Verfolgung durch das NS-Regime ins Exil in die Sowjetunion gezwungen, wo sie bereits von 1924 bis 1929 ihren Hauptwohnsitz hatte. In der Sowjetunion starb sie 1933 im Alter von 75 Jahren.



Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Deutschlands inneren und äußeren Militarismus angreifen!
Von Tobias Pflüger

Obwohl mittlerweile mehr als hundert Jahre seit der Veröffentlichung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907)“ vergangen sind, ist sein Werk bedrükkend aktuell, sowohl was seine politischen als auch analytischen Kernaussagen anbelangt. Für Liebknecht erfüllt die „Armee der kapitalistischen Gesellschaftsordnung […] einen doppelten Zweck.“ Sie ist nicht nur das zentrale Mittel zur Durchsetzung kapitalistischer Expansionsbestrebungen, sondern Liebknecht hat wie kaum ein anderer auch auf ihre Funktion zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsstrukturen innerhalb der kapitalistischen Staaten aufmerksam gemacht.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Militärs gab sich Liebknecht keinen Illusionen hin, dass jeglicher Widerstand von Seiten der Herrschenden mit brutaler Repression beantwortet würde: „Natürlich ist diese Empfindlichkeit gegen den Antimilitarismus ebenso international wie der Kapitalismus und wie der Militarismus; und die Reaktionen gegen die antimilitaristische Betätigung sind allenthalben, wie in andern Zusammenhang gezeigt, schroff und brutal.“ Liebknecht musste dies selbst schmerzlich am eigenen Leib erfahren: Unmittelbar nach dem Erscheinen von „Militarismus und Antimilitarismus“ wurde er des Hochverrats für schuldig befunden und anschließend achtzehn Monate inhaftiert. Liebknecht blieb jedoch bei seiner bis heute wichtigen Haltung, dass Antimilitarismus und Antikapitalismus zwei Seiten derselben Medaille sind, weshalb es in der Kriegsfrage zu keinerlei Kompromissen kommen kann und darf. Aus diesem Grund stimmte er am 2. Dezember 1914 auch als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Nicht zuletzt aus Respekt davor, dass Lieb-

Tobias Pflüger ist Vorstandsmitglied der Informatoinsstelle Militarisierung (IMI – www.imi-online.de) und Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei DIE LINKE

knecht (wie auch Rosa Luxemburg) seine konsequente Haltung im Januar 1919 mit dem Leben bezahlen musste, sollten wir dafür sorgen, dass seine politischen und analytischen Überlegungen zu Militarismus und Antimilitarismus nicht in Vergessenheit geraten und in unsere heutige Arbeit einfließen.

Die Doppelfunktion des Militärs: Raub im Äußeren…

„Sie [die Armee] ist zuvörderst eine nationale Einrichtung, bestimmt zum Angriff nach außen oder zum Schutz gegen eine Gefährdung von außen, kurzum bestimmt für internationale Verwicklungen oder, um ein militärisches Schlagwort zu gebrauchen, gegen den äußeren Feind.“ Liebknecht sah dabei in den ökonomischen Rivalitäten der kapitalistischen Mächte die wichtigste Triebfeder von Kriegen und Konflikten: „Wir wissen, daß diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz Englands und Deutschlands auf dem Weltmarkte ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz.“

Auch heute sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Neue Akteure sind auf den Plan getreten, die die westliche Dominanz mittlerweile teils offen in Frage stellen. Als Resultat beobachten wir derzeit eine massive Verschärfung der Konflikte zwischen den NATO-Staaten und Russland (sowie China). Um für diese Auseinandersetzung buchstäblich gerüstet zu sein, wird die NATO derzeit für diesen von vielen Kommentatoren bereits als Neuer Kalter Krieg bezeichneten Konflikt in Stellung gebracht: NATO-Raketenschild, Expansion in den postsowjetischen Raum, globale Interventionsausrichtung, etc.

Bewaffnete Aufständige während der Novemberrevolution 1918 vor dem Brandenburger Tor in Berlin



Nicht nur um sich die für diese Auseinandersetzung notwendigen Ressourcen zu verschaffen, sondern auch um die Profitinteressen ihrer Konzerne zu bedienen, setzen die westlichen Staaten – auch dies hat sich leider nicht verändert – auf offenen Raub oder um eine heute geläufigere Formulierung zu wählen, auf „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey). Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak: Auf brutalste Weise werden mehr und mehr Länder angegriffen und im Zuge der anschließend als „Stabilisierungseinsätze“ getarnten Kolonialbesatzungen schamlos ausgeplündert – unter fadenscheinigen Begründungen und auf Kosten unzähliger Opfer. Liebknecht geißelte bereits vor mehr als 100 Jahren eine solche Kolonialpolitik, „die unter der Vorspiegelung, Christentum und Zivilisation zu verbreiten oder die nationale Ehre zu wahren, zum Profit der kapitalistischen Kolonialinteressen mit frommem Augenaufschlag wuchert und betrügt, Wehrlose mordet und notzüchtigt, den Besitz Wehrloser sengt und brennt, Hab und Gut Wehrloser raubt und plündert, Christentum und Zivilisation höhnt und schändet.“

Präziser lässt sich auch heute kaum beschreiben, was die „humanitären“ Interventionen des Westens in Wirklichkeit anrichten: Im Irak marschierten die USA (unterstützt von zahlreichen weiteren Ländern) unter einer – offensichtlich an den Haaren herbeigezoge-

ZUR PERSON | Friedrich Ebert



SPD-Politiker (1871-1925), seit 1913 deren Vorsitzender und bis zu seinem Tod 1925 erster Reichspräsident. Während des Ersten Weltkrieges vertrat er mit großer Härte bis zum Schluss die Politik der „Vaterlandsverteidigung“ und des „Burgfriedens“ und versuchte, die Kriegsgegner um Hugo Haase und Karl Liebknecht aus der SPD auszugrenzen. In der Novemberrevolution 1918 übernahmen seine Partei sowie die von ihr abgespaltene USPD die Regierungsgeschäfte.

Im Dezember 1918 beauftragte Ebert Gustav Noske mit der Aufstellung von Freikorps aus heimgekehrten Frontsoldaten zur Niederschlagung revolutionärer Aufstände. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Offizieren des größten Freikorps, der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, ermordet. Deren Kommandeur, Waldemar Pabst, hatte nach eigener Aussage zuvor mit der Reichskanzlei telefoniert.

Die Weimarer Nationalversammlung wählte Ebert am 11. Februar 1919 zum ersten Reichspräsidenten. In der folgenden Zeit der Weimarer Republik bekämpfte Ebert mit Waffengewalt alle linken Aufstände. Als Reaktion auf den Kapp-Putsch erschien in den Nacht vom 12. auf den 13. März 1920 ein gemeinsamer Aufruf des Reichspräsidenten, der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und des SPD-Vorstandes zum Generalstreik gegen die Putschisten Kapp und Lüttwitz. Der Generalstreik legte weite Teile der Wirtschaft und des Verkehrs lahm. Nach dem Ende des Putsches kämpfte die Rote Ruhrarmee, die von der USPD unterstützt wurde, für die rasche Sozialisierung der Schwerindustrie. Scheidemann, SPD-Vorstand, Gewerkschaften und sogar Teile der Beamtenschaft verlangten die Entlassung Noskes. Ebert wollte diesen aber möglichst halten und drohte mit seinem eigenen Rücktritt. Auch die Gewerkschaften verlangten Sozialisierungen und andere weitreichenden Sturkturreformen. Nach Eberts Auffassung widersprachen diese Forderungen der Verfassung. Der Versuch der Gewerkschaften, maßgeblichen Einfluss auf die Regierung zu erhalten, war letztlich am Widerstand Eberts gescheitert. Mit Eberts Rückendeckung schlugen Reichwehrtruppen und Freikorps den Aufstand der Roten Ruhrarmee blutig nieder. Die Bewegung für eine Sozialisierung der Schwerindustrie erlahmte nach dieser Niederlage.

Eberts letzte Monate waren von einer politischen Niederlage geprägt. Ein Redakteur der Mitteldeutschen Presse warf ihm vor, die Kriegsniederlage durch sein Verhalten vor und nach Kriegsende mitverschuldet zu haben. Im Verlauf des Verleumdungsprozesses, der als Dolchstoßprozess bekannt wurde, wurde sein Geheimabkommen mit General Groener publik. Dabei kam auch Eberts Verhalten im Januarstreik 1918 zur Sprache. Ebert betonte, er habe sich nur in die Streikkommission wählen lassen, um den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Ebert starb am 28. Februar 1925 im Alter von 54 Jahren in Berlin.

nen – Begründung ein und versuchen nun auf Biegen und Brechen mit dem in Washington geschriebenen irakischen Ölgesetz eine der größten Enteignungsaktionen der jüngeren Geschichte durchzudrücken. Bereits im Juni 2003 kündigte der damalige US-Verwalter des Irak, Paul Bremer, eine „Schocktherapie" an, in deren Folge die irakische Wirtschaft mit verschiedensten Erlassen entlang neoliberaler Vorgaben umgekrempelt wurde. Seither wird versucht, alles was nicht niet- und nagelfest ist, zu privatisieren. Weit über Hunderttausend US-Soldaten (und bis zu 200.000 Söldner) sichern diesen Raub ab, der unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 500.000 und 1 Million irakischen Menschen das Leben gekostet hat. Das Land wird auch in Zukunft eine US-Kolonie bleiben.

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung hat der neue US-Präsident Barack Obama keineswegs die Absicht, die amerikanischen Truppen aus dem Irak komplett abzuziehen. Vielmehr will er auch künftig US-Truppen im Land stationiert lassen: „Dies [die versprochene Truppenreduzierung] würde im Sommer 2010 abgeschlossen sein. […] Nach dieser Restrukturierung würden wir eine Kerntruppe (residual force) für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Kaida; den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten; und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, so lange, bis die Iraker Fortschritte machen." Über die genaue Größe dieser „Kerntruppe", die man auch als „Restbesatzung" bezeichnen könnte, schweigt sich Obama zwar aus. Lediglich bei einer Senatsanhörung machte er vage Andeutungen, dass er dabei etwa 30.000 Soldaten im Auge hat. Sein Verteidigungsminister Robert Gates ließ im Dezember 2008 in einem Interview mit der Washington Post die Katze aus dem Sack: 40.000 US-Soldaten sollen „für Jahrzehnte" im Irak stationiert bleiben. Auch von einem Rückzug der bis zu 200.000 im Irak operierenden Söldner, die meisten davon sind als Subunternehmer des Pentagon unterwegs, ist nirgends die Rede. So bleibt von dem vollmundig versprochenen Abzug aus dem Irak in der Praxis kaum mehr etwas übrig.

Nicht besser sieht es in Afghanistan aus, wo mittlerweile mehr als 50.000 NATO-Soldaten, 4.500 davon aus Deutschland, stationiert sind. Auch sie sichern eine nach der Militärintervention Ende 2001 installierte Marionettenregierung ab, die seither willfährig wirtschaftsliberale „Reformen" einleitet. Gleichzeitig verschwindet ein Großteil der westlichen Hilfsgelder – so sie denn nicht sofort zur Bekämpfung des Widerstands zweckentfremdet werden – direkt in die Taschen westlicher Konzerne: „Afghanistan Inc." nennt die afghanische Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa die traurige Realität des westlichen „Wiederaufbaus" ihres Landes. Als Resultat hat sich die humanitäre Lage in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: 61 Prozent der Bevölkerung ist chronisch unterernährt, 68 Prozent verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser. Dies verschafft dem Widerstand regen Zulauf, darauf reagiert die NATO mit einer weiteren Eskalation ihrer Kriegsführung. Mit einem Stabilisierungseinsatz hat der NATO-Krieg beileibe nichts mehr gemein, selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik räumt ein, mittlerweile stehe der „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung" im Zentrum der Planungen.

Auch die verschiedenen EU-Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo zielen auf den Raub der zahlreichen Rohstoffe des Landes. Ganz offen wurde von der EU-Kommission und insbesondere von dem belgischen EU-Entwicklungskommissar Louis Michel der kongolesische Autokrat Joseph Kabila bei den Wahlen 2006 unterstützt. Um sicherzustellen, dass er auch wirklich als Sieger hervorging, wurde eine mehr als 2.000 Mann starke EU-Truppe entsandt. Die „Absicherung der freien Wahlen", wie seinerzeit die Bundeswehr den Zweck des Einsatzes beschrieb, war dabei der Vorwand, um die europäische Position im Kampf um die Rohstoffe des Landes gegenüber anderen Konkurrenten zu verbessern, wie Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützle unverhohlen einräumte: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! […] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht."

Im Kongo sind mittlerweile nahezu alle Bodenschätze und Reichtümer des Landes mit Hilfe des Präsidenten Kablia für ein Butterbrot an ausländische Konzerne verscherbelt worden. Allerdings ging der Löwenanteil davon bislang an den EU-Konzernen vorbei, wie Manfred Eisele, bis 1998 General bei der Bundeswehr und heute Beigeordneter des Generalsekretärs der Uno für die Planung und Unterstützung von Uno-Einsätzen, bemängelt. Nun, nachdem sich die EU militärisch so stark in dem Land engagiert habe, müssten die Konzessionen „gerechter" verteilt werden: „Langfristig werden sicherlich auch europäische Interessen an der Lieferung von Rohstoffen aus einem stabilen Kongo auf der Tagesordnung ste-

ZUR PERSON | Käte Duncker



Käte Dunker wurde 1871 in Baden geboren und schloss sich zunächst der SPD an. Sie war aktiv in der sozialistischen Frauenbewegung, eng befreundet mit Clara Zetkin und verheiratet mit dem linksradikalen Sozialisten Hermann Duncker. Käte Duncker war Mitbegründerin der Spartakusgruppe, in deren Leitung sie aktiv war und deren Publikationen sie mit herausgab.

1919 wurde Käte (ebenso wie ihr Lebensgefährte Hermann) in die Zentrale der KPD gewählt, musste jedoch vor der Repression vorübergehend nach Dänemark und Schweden fliehen. Zurückgekehrt war sie zeitweise KPD-Abgeordnete im Thüringer Landtag und publizistisch und pädagogisch tätig.

Als Antifaschistin floh Käthe Dunker 1933 vor den Nazis in die USA und kehrte erst 1947 nach Deutschland zurück. Schnell siedelte sie mit ihrem Mann Hermann von West-Berlin in die DDR über, wo sie 1953 starb.

Hermann Duncker war ab 1948 Direktor der Bundeshochschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und starb 1960 in Berlin.

hen. […] ‚Phelps Dodge' zum Beispiel hat womöglich den größten Reibach gemacht, als sie sich unmittelbar von Kabila eine Konzession zum Abbau der größten Kupferreserven der Welt für nicht mal 'nen Appel und ein Ei geben ließen. […] Dafür dürfen sie so viel abbauen, wie 50 Jahre lang für die Sicherung des Staatshaushaltes des Kongo nötig wäre. Das wird vor internationalen Gremien neu zu verhandeln sein." Auch die jüngsten Debatten um eine neuerliche Entsendung von EU-Soldaten in den Ostkongo sind auch im Kontext der Konkurrenz um die dortigen Rohstoffvorkommen zu sehen. Es geht darum, wer wieviel vom Kuchen abbekommt, wodurch aber die kongolesische Bevölkerung weiterhin bettelarm bleiben wird.
Wie unmittelbar der Zusammenhang zwischen kapitalistisch-neoliberaler Weltwirtschaftsordnung und Militäreinsätzen ist, zeigt ein letztes Beispiel: Als Somalia in den 80er Jahren durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass vor allem europäische Fischfangflotten die Region leer fischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus westlicher Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die Europäische Union Ende 2008 im Rahmen der ATALANTA Mission Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen: „Die Debatte über die Reaktion auf die Piraterie am Horn von Afrika in Deutschland ist leider wieder ein Ausdruck des militarisierten Denkens und Handelns deutscher Politiker. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Piraterie zu befassen, geht es ausschließlich um die militärische Absicherung deutscher und europäischer Wirtschaftsinteressen", so Wolfgang Heinrich, Experte des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) für das Horn von Afrika.



… und Repression im Inneren

Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hat von den Kriegen der Obrigkeit nichts Positives zu erwarten, im Gegenteil – auch hieran ließ Liebknecht keine Zweifel aufkommen: „Das Proletariat der gesamten Welt hat von jener Politik, die den Militarismus nach außen notwendig macht, keinen Nutzen zu erwarten, seine Interessen widersprechen ihr sogar auf das aller schärfste. Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkurrenz des Kapitalismus mit [mehr] oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten."
Nicht zuletzt hat dieser Militarismus auch gravierende soziale Folgen im Inneren. Während die Sozialleistungen in den letzten Jahren in nahezu allen westlichen Staaten massiv zurückgefahren werden, erleben wir gleichzeitig einen regelrechten Rüstungsboom. So ist zwar die genaue Bestimmung der US-„Verteidigungs"ausgaben eine Wissenschaft für sich, da zahlreiche Posten wie etwa die Kosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan (aber auch vieles andere), überhaupt nicht im offiziellen Etat aufgeführt werden. Allein der offizielle Haushalt hat aber mit 547 Mrd. Dollar im Jahr 2007 mittlerweile gigantische Dimensionen angenommen. Ähnlich verhält es sich in der Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten inzwischen über 200 Mrd. Euro für Rüstung ausgeben, mit steigender Tendenz. Dazu kommt, dass der bisher zivile EU-Haushalt immer mehr zum Steinbruch für die Waffenträume von Militärs und Rüstungslobbyisten wird. So wird etwa das zunehmend militärisch relevante Galileo-Satellitensystem aus dem EU-Agrar- und Transporthaushalt bezahlt. Und diese Entwicklung schreitet mit „Lichtgeschwindigkeit" (Solana) voran. 2007 wurden die ersten EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) in Dienst gestellt. Dazu kommt die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe im Umfang von 60.000 Mann, berücksichtigt man die hierfür notwendige Reserve bedeutet die eine Gesamtgröße von etwa 180.000 Soldatinnen und Soldaten.

ZUR PERSON | Ernst Meyer



Noch während seinem Studium trat Meyer (1887-1930) im Jahr 1908 in die SPD ein und wurde bald darauf Redakteur der Zeitschrift „Vorwärts". Meyer zählte im Ersten Weltkrieg zu den führenden Mitgliedern der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe), gab die „Spartakusbriefe" heraus und leitete zeitweise den illegalen Apparat der Gruppe, die er auch auf den internationalen Treffen sozialistischer Kriegsgegner in Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) in der Schweiz vertrat.
Während des Krieges mehrfach verhaftet, arbeitete er nach der Novemberrevolution als Redakteur der „Roten Fahne". Von Sommer 1921 bis Winter 1922/23 Parteivorsitzender der neugegründeten KPD. Unter seiner Führung gelang – vor allem wegen der wesentlich von ihm vorangetriebenen Einheitsfrontpolitik gegenüber SPD und Gewerkschaften – eine Konsolidierung der KPD als Massenpartei.
Als der linke Flügel um Ruth Fischer Anfang 1924 die Führung der Partei übernahm, wurde er zur führenden Figur der oppositionellen Kreise, der sogenannten Mittelgruppe, von ihren Gegnern später als „Versöhnler" geschmäht. 1926 kehrte Meyer in die zentralen Gremien der KPD zurück, war vorübergehend neben Ernst Thälmann der eigentlicher Parteiführer und bestimmte erneut maßgebend die Geschicke der Partei. Der bereits schwer erkrankte Meyer wurde im Zuge der Stalinisierung der KPD 1929 aus der Führung entfernt.
Sein Grab befindet sich auf dem Sozialisten-Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.


Militarismus und Antimilitarismus

unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung

von

Dr. Karl Liebknecht

Leipzig 1907

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Klassiker von Karl Liebknecht von 1907

Da auch in Deutschland immer mehr Menschen im Zuge der Agenda 2010 verarmen und gerade Jugendliche angeben, sie müssten sich bei der Bundeswehr verpflichten, um die Kriege der Reichen zu führen, da sie keine andere Perspektive auf dem zivilen Arbeitsmarkt sehen, wächst das innenpolitische Konfliktpotenzial massiv an. So besteht eine zweite zentrale Funktion des Militärs darin, falls erforderlich, politische Unruhen im Keim zu ersticken, wie schon Liebknecht betonte: „Der Militarismus ist aber nicht nur Wehr und Waffe gegen den äußeren Feind, seiner harrt eine zweite Aufgabe, die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewusstseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter immer mehr bestimmend: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse."

Hierin besteht also die „doppelte Funktion" des Militärs: es soll die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowohl im Äußeren, aber eben auch im Inneren durchzusetzen und absichern. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", war schon das Credo der Monarchisten im 19. Jahrhundert und auch heute werden Panzer gegen demokratische Proteste aufgefahren wie etwa beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Ein Beitrag in der Zeitschrift „griephan global security" (Herbst 2007), die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt die diesbezüglichen Gedankengänge der Herrschenden überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko' im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern."

Antimilitarismus und Antikapitalismus: Zwei Seiten derselben Medaille

Doch die Kriegspolitik der Herrschenden hat gerade hier in Deutschland abgewirtschaftet, immer größere Teile der Bevölkerung lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Es ist davon auszugehen, dass bei künftigen Kriegen die Diskrepanz zwischen politischer Klasse und Bevölkerung immer größer werden wird. Es kommt nun darauf an, diese Abneigung gegen Militäreinsätze in einen generellen Widerstand gegen Krieg und Kapitalismus umzumünzen. Denn nur dann kann gegen die kommenden Kriege Erfolg versprechend gehandelt werden.

„Das letzte Ziel des Antimilitarismus ist die Beseitigung des Militarismus, das heißt: Beseitigung des Heeres in jeder Form", so Liebknecht, der immer wieder die besondere Bedeutung des Antimilitarismus betont hat, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten." Hierbei handelt es sich um eine zentrale Aussage. Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen war schon im ersten Weltkrieg der entscheidende Grund für den Bruch in der Sozialdemokratie und für die Gründung von USPD, Spartakusbund und KPD. Auch heute gilt, wer sich für Kriegseinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen.

Gerne wird auch der Versuchung erlegen, die „Schuld" an Krisen und Konflikten anderen in die Schuhe zu schieben: wie schnell ist man etwa in Deutschland bereit, alle Probleme der Welt auf die Politik der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die eigene Regierung aber geflissentlich von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Auch hier bleiben Liebknechts eindeutigen Aussagen von bleibender Bedeutung. Im Mai 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, erschien sein berühmtes Flugblatt, in dem er den Gegner für die hierzulande lebenden Menschen klar und deutlich benannte: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht."

ZUR PERSON | Gustav Noske



Politiker der SPD (1868-1948) und der erste sozialdemokratische Minister mit der Zuständigkeit für das Militär in der deutschen Geschichte. Während des Ersten Weltkriegs gehörte er dem rechten Flügel der SPD um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann an, der den Krieg grundsätzlich unterstützte. Bei Ausbruch der Novemberrevolution 1918 wurde Noske von der Regierung des Prinzen Max von Baden als Gouverneur nach Kiel gesandt, um den Matrosenaufstand zu beenden. Mit dem Ausscheiden der Linkssozialisten aus der Regierung wurde Noske Mitglied des Rats der Volksbeauftragten.

1919 ließ Noske mit Hilfe von Freikorps den Spartakusaufstand/Januaraufstand blutig niederschlagen. Auch trug er die Verantwortung für die Niederschlagung der Aufständischen der Berliner Märzkämpfe, bei denen etliche Kämpfer der Spartakisten getötet wurden. Weiterhin war er für die Niederschlagung von lokalen Aufständen, bei denen Räterepubliken nach sowjetischem Vorbild errichtet werden sollten, u.a. in München und in Bremen, verantwortlich. Aufgrund seines Ausspruch „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht" trug er seitdem, meist den Beinamen der Bluthund oder Blutnoske. 1946 starb Gustav Noske in Hannover.

Dies – immer zuerst und zentral gegen die „eigene" Regierung – ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt.



„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“

Luxemburg und Liebknecht in Weltkrieg und Revolution (1914-19)
Von Florian Wilde

Erst nach dem Ausbruch des Erster Weltkrieges begannen Karl und Rosa, eine eigene Organisation, die Spartakusgruppe, aufzubauen. Aus ihr entwickelte sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Sie spielten eine wichtige Rolle in der Novemberrevolution, in deren Verlauf beide ermordet wurden.

1914: Der Verrat der SPD

„Am 4. August trat dann die furchtbare Katastrophe ein. Die Sozialdemokratie stimmte für die Kriegskredite. […] Gleich, nachdem die Entscheidung im Reichstag gefallen war, eilte ich zu Rosa. Sie war fassungslos vor Empörung. […] Was war zu tun? Rosa sprach zuerst von Selbstmord, als sichtbarsten Protest gegen den Verrat der Partei, als sichtbarstes Warnungssignal an die Massen des Proletariats. Wir redeten ihr mit aller Energie solche Absichten aus. […] Dann holte ich noch am Abend die besten und bekannten Genossen zu einer Besprechung zusammen. Der alte Franz Mehring kam, tobte und schimpfte, wie nur Franz Mehring schimpfen konnte. Es kam unser alter russischer Freund Marchlewski (Karski), es kam Hermann Duncker, Wilhelm Pieck und Ernst Meyer […].“

So beschreibt Hugo Eberlein die verzweifelte Stimmung des kleinen Kreises linksradikaler GenossInnen, die sich am Abend des 4. August 1914 in der Wohnung Rosa Luxemburgs versammelten. Sie alle waren schokkiert: Die SPD, der Stolz der ganzen Sozialistischen Internationale, hatte alle ihre Prin-

**Florian Wilde ist Mitglied im Bundesvorstand von dielinke.SDS und der Historischen Kommission der Partei Die LINKE.
Er schreibt zur Zeit an einer Promotion über Ernst Meyer, einem Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD**

zipien verraten, ihre Reichstagsfraktion geschlossen den Kriegskrediten zugestimmt. Dabei hatten die Internationalen Sozialistischen Kongresse in den vorangegangenen Jahren immer wieder bekräftigt, wie sich im Falle eines Krieges zu verhalten sei: Sein Ausbruch sei mit allen Mitteln zu verhindern, und sollte er sich nicht verhindern lassen, waren die sozialistischen Parteien verpflichtet, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

An radikalen Phrasen hatte es in der SPD vor 1914 allerdings nie gemangelt – was fehlte, war eine damit korrespondierende radikale Praxis gewesen. So hatte sich allmählich eine auf Integration in das Bestehende ausgerichtete reformistische Politik unter der Oberfläche einer linken Rhetorik durchsetzen können. Als nun im Sommer 1914 eine beispiellose Welle nationalistischer Begeisterung weite Teile der deutschen Bevölkerung erfasste, sah die SPD-Führung ihre Chance gekommen, aus ihrer jahrelangen Außenseiterrolle auszubrechen, endlich von den deutschen Eliten akzeptiert zu werden und ihre potentielle Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen zu können, indem sie den Krieg unterstützte.

Obwohl hunderttausende SPD-Anhänger sich noch im Sommer 1914 gegen den nationalistischen Taumel stemmten und gegen den drohenden Krieg auf die Strasse gingen, stimmte die Partei den Kriegskrediten zu und Partei- und Gewerkschaftsführung schlossen einen „Burgfrieden" mit Regierung und Militärbehörden, mit dem sie für die Kriegszeit auf eigenständige Politik und auf Streiks verzichteten.

Spartakusgruppe: Die Linksradikalen formieren sich

Die Linksradikalen in der SPD um Rosa Luxemburg hatte jahrelang – so in den großen „Massenstreikdebatten" – für eine radikale Praxis der SPD gestritten. Aber sie hatten versäumt, sich dabei in der Partei eigene, handlungs- und interventionsfähige Strukturen aufzubauen. So standen sie bei Kriegsausbruch ohne einem organisierten Netzwerk von GenossInnen, ohne Zeitungen und ohne eigene Gelder da. Diese Strukturen mussten von der sich bald „Spartakusgruppe" nennenden radikalen Linken in den folgenden Kriegsjahren unter permanentem Repressionsdruck mühevoll aufgebaut werden. Die Gruppe wurde beständig von Spitzeln überwacht, immer wieder kam es zu Hausdurchsuchungen, Zeitungen und Flugblätter wurden beschlagnahmt, viele AktivistInnen wanderten entweder in die Zuchthäuser oder wurden an die Front geschickt. Im Frühjahr 1915 gelang es dem Kreis, zum ersten Mal eine eigene Zeitschrift („Die Internationale") herauszugeben. Auch sie wurde zwar sofort verboten, zuvor gelang es allerdings, an einem einzigen Abend 5.000 Stück auf Berliner SPD-Versammlungen zu verkaufen. An der Basis der SPD nahmen Forderungen nach einer Rückkehr der Partei zu einer kriegsgenerischen Politik zu. So berichtete der SPD-rechte Reichstagsabgeordnete Heine über eine Parteiversammlung im Juni 1915 in Neukölln, er habe sich mit Zwischenrufen konfrontiert gesehen wie: „Wir sind vaterlandslose Gesellen und wollen es bleiben! – Unser Vaterland ist die Menschheit! – Wer sagt Ihnen denn, das wir siegen wollen? – Unsere Soldaten sollen das Gewehr gegen die Tyrannen kehren!" Dieser allmählich zunehmenden Antikriegsstimmung versuchte der Kreis um Rosa Luxemburg politischen Ausdruck zu verleihen und sich selbst gleichzeitig enger zusammenzuschließen und zu organisieren.

Liebknechts „Nein!" macht die Opposition sichtbar

Die Existenz einer kriegsgegnerischen radikalen Linken in Deutschland gelang es Karl Liebknecht international sichtbar zu machen: Im Dezember 1914 stimmte er im Reichstag als einziger SPD-Abgeordneter gegen die Kriegskredite und wurde so zur Symbolfigur des Widerstandes. Zum 1. Mai 1916 mobilisierte die Spartakusgruppe zu einer illegalen Antikriegskundgebung in Berlin. Liebknecht ergriff das Wort und beendete seine Rede mit den Worten: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Er wurde daraufhin verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil kam es in Berlin zu einem ersten politischen Massenstreik, an dem sich 55.000 ArbeiterInnen beteiligten. Weitere Massenstreiks folgten im April 1917 und im Januar 1918, mit bis zu einer halben Million beteiligten. Bei diesen Streiks spielten neben der Spartakusgruppe vor allem die „Revolutionären Obleute", eine klandestine Struktur linksradikaler Betriebs- und Gewerkschaftsaktivistlnnen, eine tragende Rolle.

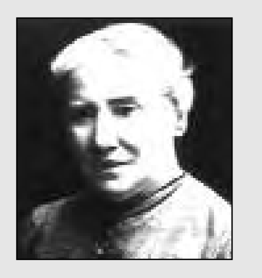
Mit der Dauer des Krieges wuchs der Widerstand gegen ihn. Es war der erste Krieg, in dem Kampfbomber, Flugzeugträger und massenhaft Giftgas eingesetzt wurden. Fast zehn Millionen Soldaten aus allen Ländern kamen in den Schlachten von Verdun, Tannenberg und anderswo ums Leben, doppelt so viele wurden verletzt. Weitere zehn Millionen Zivilisten starben abseits der Front an Hunger und entbehrungsbedingten Krankheiten.

Mit der Wut über den Krieg wuchs langsam auch die Spartakusgruppe. Immer häufiger war sie in der Lage, illegale Zeitungen und Flugblätter herauszubringen und konnte erste Aktionen gegen den Krieg organisieren. Gleichzeitig ging die Repression gegen sie weiter: Rosa Luxemburg musste am 18. Februar 1915 für ein Jahr ins Gefängnis, und nur drei Monate nach ihrer Freilassung wurde sie 1916 erneut zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

USPD – eine neue linke Partei

Rosa Luxemburg und ihre GenossInnen hatten sich zu Beginn des Krieges darauf verständigt, in der SPD zu bleiben. Das hing mit der Grundannahme Luxemburgs über die sozialistische Revolution zusammen: Für Luxem-

ZUR PERSON | **Mathilde Jacob**



Geboren 1873 in Berlin, aus einer jüdischen Familie stammend. Wurde ab 1913 Sekretärin Rosa Luxemburgs. Versorgte Rosa, als sie während des Krieges mehrfach im Gefängnis saß, betreute Rosas Katze Mimi, schmuggelte verschiedene Schriften Luxemburgs aus dem Gefängnis. Spielte als Sekretärin der Spartakusführung eine wichtige Rolle im illegalen Apparat der Gruppe.

Sie schloss sich 1919 der KPD an und arbeitete als nach dem Mord an Rosa Luxembug als Sekretärin Paul Levis, der im März 1919 zum KPD-Vorsitzenden gewählt wurde und ehemaliger Verteidiger Luxemburgs war. Verließ mit Levi 1921 die KPD, ging mit ihm 1922 in die USPD und dann in SPD. Später verwaltete sie den Nachlass Rosa Luxemburgs.

Mathilde Jacob unterstützte nach 1933 den antifaschistischen Widerstand, wurde deportiert und starb 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt.

burg konnte „die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst“ sein, war Befreiung nur als Selbstbefreiung der Massen denkbar – und solange die proletarischen Massen sich an der SPD orientierten, müssen auch die Revolutionäre in diesem Umfeld aktiv sein. Diese Taktik ging auch zumindest teilweise auf. Neben der Spartakusgruppe gab es auch eine starke Strömung gemäßigter Kriegsgegner in der Partei. Auch sie lehnten den Kuschelkurs der Parteiführung gegenüber Staat, Kapital und Polizeibehörden ab, konnten sich aber lange nicht zu eigenen Aktivitäten durchringen. Doch unter dem beständigen Druck der Spartakusgruppe radikalisierten sie sich. Weitere linke SPD-Reichstagsabgeordnete folgten Liebknechts Beispiel und stimmten gegen eine Verlängerung der Kriegskredite. Sie wurden schließlich aus der SPD ausgeschlossen und gründeten im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Unter der Bedingung, ihre eigenen Strukturen behalten und ihre Positionen ungehindert vertreten zu können, arbeitete auch die Spartakusgruppe in der neuen Partei mit. Einen neuen Aufschwung bekam die Antikriegsbewegung in Deutschland durch die russischen Ereignisse: Im Februar 1917 hatte eine Revolution den Zaren gestürzt, im ganzen Land entstanden Arbeiter- und Soldatenräte und die Bauern eigneten sich das Land der Großgrundbesitzer an, auch wenn die Regierung vorerst noch bürgerlich dominiert war. Mit der Oktoberrevolution kam eine sich auf die Räte stützende Regierung unter Führung der Bolschewiki an die Macht. Russland zeigte den radikalen Linken in Deutschland, aber auch Millionen zunehmend kriegsgegnerischen Arbeitern: Ein revolutionärer Ausweg aus dem Krieg ist möglich, der Kampf gegen Krieg, Kaiser und Kapitalismus gehören zusammen!



Matrosenaufstand: Demonstration am 4.11.1918 in Kiel

Novemberrevolution: Sturz des Kaisers, Ende des Krieges

Ab Spätsommer 1918 wurde klar: Der Krieg war für Deutschland nicht mehr zu gewinnen. Als die Marineführung Ende Oktober die Hochseeflotte zu einer letzten, aussichtslosen Schlacht gegen England auslaufen wollte, um so die „Ehre“ der Admiralität zu retten, meuterten die Matrosen in Kiel. Die Kieler Werftarbeiter solidarisierten sich mit ihnen und traten in den Streik. Arbeiter und bewaffnete Matrosen demonstrierten durch die Stadt, besetzten Polizei- und Regierungsgebäude und wählten einen Arbeiter- und Soldatenrat. In den folgenden Tagen breitete sich die Revolution entlang der Eisenbahnstrecken aus. Überall wiederholte sich die Situation: Arbeiter und Soldaten stürzten die alten Mächte, die Fürsten flohen aus ihren Palästen und die zivilen Behörden unterwarfen sich der Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte. Nur in Berlin schien es lange ruhig zu bleiben. Aber der Eindruck täuschte: täglich trafen sich Vertreter der Spartakusgruppe (darunter der im Oktober aufgrund einer Amnestie aus dem Gefängnis entlassene Liebknecht) mit den Revolutionären Obleuten, um einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Der Aufstandstermin wurde immer wieder verschoben, dann am 8. November schließlich für den folgenden Tag festgelegt.

Am Morgen des 9. November erreichten die Proteste die Hauptstadt: Riesige Demonstrationszüge zogen aus den Außenvierteln ins Stadtzentrum Berlins. Aus den meisten Kasernen, an denen die Demonstranten vorbeiliefen, schlossen sich ihnen Soldaten an. Mittags erreichten die immer größer werdenden Demonstrationen das Zentrum. Das Polizeipräsidium wurde besetzt und die Polizisten entwaffnet. In den frühen Nachmittagsstunden brach der Widerstand einzelner Offiziere, die sich in der Universität und in der Staatsbibliothek verschanzt hatten, zusammen. Spartakusgruppe und Revolutionäre Obleute hatten am Tag zuvor zum Aufstand für den 9. November aufgerufen, sie leiteten die revolutionären Aktivitäten dieses Tages. Mittags konnte Karl Liebknecht vom Balkon des besetzten Berliner Stadtschlosses aus die „freie sozialistische Republik Deutschland“ proklamieren.

Aber auch die SPD blieb nicht untätig: Bis zuletzt hatte sie hinter den Kulissen versucht, das Kaiserreich in eine konstitutionelle Monarchie nach englischem Vorbild umzuwandeln, um so eine Revolution abzuwenden. Als sich nun die Ereignisse überschlugen, versuchte die Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um eine weitere Radikalisierung verhindern zu können. Parallel zu Liebknecht rief auch der SPD-Vorsitzende Philipp Scheidemann die Republik aus – allerdings nicht die sozialistische. Spartakus warnte vor dieser Rolle der SPD. In der ersten Ausgabe der Zeitung „Rote Fahne“, die in der besetzen Druckerei eines reaktionären Verlages gedruckt wurde, hieß es: „Vier lange Jahre lang haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse ‚das Vaterland’ verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte: jetzt, wo der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und suchen, die revolutionären Energien der Massen zu ersticken.“

Karl Liebknecht rief am 9. November 1918 in Berlin eine „Freie sozialistische Republik Deutschland“ aus



Rätedemokratie oder Parlamentarismus?

Überall im Land lag die Macht in den Wochen nach dem 9. November 1918 in den Händen von Arbeiter- und Soldatenräten. Ihre Mitglieder wurden in Betrieben und Kasernen demokratisch gewählt, waren ihrer Basis rechenschaftspflichtig und konnten jederzeit abgewählt werden. Sie organisierten das öffentliche Leben, die Verteilung von Nahrung und die Demobilisierung der Soldaten. Spontan war so aus den Kämpfen der Massen eine reale rätedemokratische Alternative zum Stellvertretertum des bürgerlichen Parlamentarismus entstanden. Eine Alternative, in der auch die Wirtschaft, der Staatsapparat und die Medien einer beständigen demokratischen Kontrolle durch die Massen unterworfen wären.

Aber ein weiteres Mal zeigte sich, wie sehr der Apparat der SPD und ihre traditionelle Verankerung in der Arbeiterbewegung den schwachen Strukturen der revolutionären Linken überlegen waren: Auf allen reichsweiten Rätekongressen gelang es der SPD, eine Mehrheit der Delegierten zu stellen. Die SPD-Delegierten argumentierten für ein Ende der Rätebewegung. Unter ihrem Einfluss gaben die Räte ihre Macht schließlich selbst wieder ab und stimmten für die

Wahl zu einer Nationalversammlung, also für die parlamentarische Republik. Von Anfang an lag die Perspektive der SPD nicht auf einer radikalen sozialen Demokratisierung der Gesellschaft, was eine konsequente Säuberung des Staatsapparates von Monarchisten und eine Sozialisierung zumindest der Schlüsselindustrien im Bündnis mit den radikaleren Kräften erfordert hätte. Statt dessen versuchte sie, im Bündnis mit den alten Mächten, die Linksradikalen zurückzudrängen und eine das Privateigentum nicht infrage stellende bürgerliche Republik mit sozialer Gesetzgebung durchzusetzen. Ausdruck dieses Kurses, der die künftige Weimarer Republik von Anfang an mit der hohen Hypothek eines antirepublikanischen Beamten-, Justiz und Militärwesens und belasten sollte, war der gegen eine Radikalisierung der Revolution gerichtete Ebert-Groener-Pakt zwischen SPD-Parteivorstand und der Obersten Heeresleitung am 10. November, sekundiert vom Stinnes-Legien-Pakt zwischen Industriekapitänen und Gewerkschaften.

Rosa Luxemburg, die erst durch die Revolution aus dem Gefängnis befreit worden war, Karl Liebknecht und ihre GenossInnen, die sich nun „Spartakusbund“ nannten und endlich legal arbeiten konnten, versuchten nach Kräften, den Kampf für eine sozialistische Räterepublik zu organisieren. Aber diese Kräfte waren schwach: zwar war die Gruppe von 1914-18 von einem dutzend auf mehrere tausend Mitglieder angewachsen, verglichen mit den hunderttausenden, die der SPD und der USPD folgten, waren dies aber immer noch geringe Zahlen. So stellten die organisierten Revolutionäre innerhalb der Revolution nur eine kleine Minderheit dar.



Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte

Gründung der KPD

Immer notwendiger wurde im Dezember 1918 in den Augen Luxemburgs und Liebknechts die Gründung einer eigenen Partei. Die Schwäche des Spartakusbundes war nach der Novemberrevolution offensichtlich geworden, aber auch die Unfähigkeit der USPD, die Revolution entschieden voranzutreiben. Rosa Luxemburg verfasste den Entwurf eines Programms der neuen Partei, der ihre Vorstellung einer Selbstemanzipation der Massen verdeutlicht:

„In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre eigenen Interessen, die Interessen der Minderheit, zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann. […] Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. […] Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft […] Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. […] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Als die KPD zur Jahreswende 1918/19 gegründet wurde, wurde dieses von Luxemburg entworfene Programm zum Programm der neuen Partei.

Januaraufstand 1919: Ermordung von Karl und Rosa

Schon kurz nach der Gründung der KPD kam es in Berlin zu neuen Aufständen: Hunderttausende gingen auf die Strasse, um gegen die Absetzung des linken Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch die SPD und damit gegen den ganzen Ausverkauf der Revolution durch die Sozialdemokraten zu protestieren. Im Anschluss an die Demonstration besetzen wütende Arbeiter spontan verschiedene Zeitungsgebäude, darunter das des sozialdemokratischen „Vorwärts“. USPD, Revolutionäre Obleute und KPD beschlossen unter dem Eindruck der Massenproteste, den Kampf bis zum Sturz der Regierung weiterzuführen.

Zur Niederwerfung des Aufstandes griff die SPD auch auf „Freikorps“ aus kriegsbegeisterten, oft extrem rechts und völkisch eingestellten Frontsoldaten zurück. Zusammen mit regierungstreuen Soldaten eroberten sie die sich in den Händen der Aufständischen befindenden Teile Berlins zurück und richteten dabei ein Blutbad unter den Anhängern der radikalen Linken an. Am 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unter dem Kommando des Offiziers Waldemar Pabst ermordet, die Leiche Luxemburgs in den Landwehrkanal geworfen. Die Mörder wurden später vor Gericht freigesprochen oder kamen mit geringen Strafen davon.

Folgen der Enthauptung der KPD

Dem Mord an Luxemburg und Liebknecht folgten in den nächsten Monaten weitere Morde an führenden Kommunisten: Am 10.3.1919 wurde Leo Jogiches, der

ZUR PERSON | Paul Levi



Geboren 1883, Rechtsanwalt und linker Politiker aus einer jüdischen Familie. 1909 Eintritt in die SPD und auf den linken Flügel aktiv. Verteidigte Rosa Luxemburg in verschiedenen Prozessen vor Gericht. Mitglied der Spartakusführung, an der KPD-Gründung beteiligt. Nach der Ermordung von Leo Jogiches am 10. März 1919 Vorsitzender der KPD, nach der Vereinigung mit der linken USPD Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei und Reichstagsabgeordneter für die KPD.

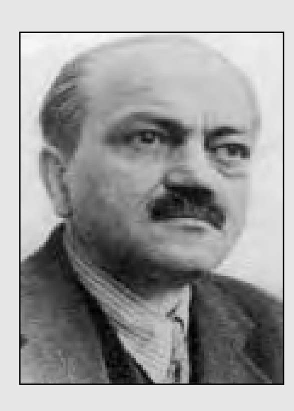
Nachdem Levi einen kommunistischen Aufstandsversuch im März 1921 („Märzaktion“) öffentlich scharf kritisierte, wurde er aus der KPD ausgeschlossen und gründete mit Gesinnungsgenossen die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ (KAG). Mit der KAG schloss sich Levi 1922 zunächst der USPD und mit dieser im Herbst 1922 wieder der SPD an.

Bis zu seinem Tod 1930 führende Figur des linken marxistischen Flügels der SPD, Herausgeber der Zeitschriften „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, später „Klassenkampf“.

engste politische Mitarbeiter Rosa Luxemburgs und nach ihrem Tod kurzzeitiger Führer der KPD, von Freikorpsleuten ermordet. Am 6.6.1919 wurde Eugene Leviné, Führer der KPD in den Auseinandersetzungen um die Münchener Räterepublik, hingerichtet. Der greise Franz Mehring war bereits am 29.1.1919, von der Trauer über den Mord an Karl und Rosa überwältigt, verstorben. Tausende weniger bekannte Revolutionäre fanden in den Kämpfen um die Räterepubliken im ersten Halbjahr 1919 den Tod.

Bereits wenige Wochen nach ihrer Gründung war die junge KPD so quasi enthauptet worden. Die Konsequenz des Verlustes ihrer besten und erfahrensten Köpfe war eine langfristige Schwächung der Führung des deutschen Kommunismus. Eine ihrer Folgen war das unsichere, oft auch ungeschickte Verhalten der KPD in den Auseinandersetzungen der kommenden Jahre, aus denen eine Reihe von weiteren Rückschlägen resultieren sollte. Aus Angst, wie im Januar 1919 erneut zu früh zum Aufstand aufzurufen, verhielt sich die KPD gegenüber dem reaktionären Kapp-Putsch 1920 sehr passiv, obwohl er den größten Generalstreik der deutschen Geschichte auslöste. Um diese Passivität zu kompensieren, versuchte sie in der „Märzaktion" 1921 einen isolierten Aufstand, der dramatisch scheiterte. Und aus Angst, diesen Fehler zu wiederholen, verzichtete sie im Oktober 1923 auf einen neuen Aufstandsversuch, obwohl die Ausgangsbedingungen diesmal viel besser waren.

ZUR PERSON
Paul Frölich



Geboren 1884, Eintritt in die SPD 1902. Nach Kriegsausbruch aktiv bei den „Bremer Linksradikalen" und Mitherausgeber ihrer Zeitschrift „Arbeiterpolitik". Aus den Bremer Linksradikalen, die eng mit den Bolschewiki zusammenarbeiteten, gingen 1918 die „Internationalen Kommunisten Deutschlands" (IKD) hervor, die sich mit dem Spartakusbund zur KPD zusammenschlossen. Frölich wurde in die erste Zentrale der KPD gewählt, deren Leitung er bis 1924 angehörte. 1928 als Gegner der Stalinisierung der Partei aus der KPD ausgeschlossen, gründete er 1928/29 zusammen mit vielen ehemaligen Spartakisten die KPD-Opposition (KPD-O). 1931 schloss er sich mit vielen hundert KPD-O Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer Linksabspaltung der SPD mit rund 25.000 Mitgliedern an.

1933 vorübergehend im KZ, später im Exil in Paris in der Auslandsleitung der SAP. Autor einer vielbeachteten Biographie Rosa Luxemburgs. Nach 1945 in Westdeutschland, trat er wieder in die SPD ein, in der er sich an der linkssozialistischen Zeitschrift „Funken" beteiligte. Gestorben 1953.

Das revolutionäre Erbe jenseits von Stalinismus und Reformismus

Dem linken Historiker Ossip K. Flechtheim ist unbedingt zuzustimmen, wenn er schreibt, dass „Rosa Luxemburgs Tod von den Mörderhänden der deutschen Freikorps eine Tragödie war, nicht nur für die deutsche, sondern für die internationale Arbeiterbewegung."

Denn mit dem Scheitern der Revolutionen in Westeuropa wuchs das Gewicht der Russischen Kommunistischen Partei RKP(B) in der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern).

Je mehr unter Stalin die Errungenschaften der Oktoberrevolution, die die Macht in die Hände der Räte der Arbeiter und Bauern gelegt und Russland für einige Zeit zum freiesten Land der Welt gemacht hatte, zurückgenommen wurden und je mehr in Russland eine neue Bürokratie anstelle der Räte real die Macht ausübte, desto mehr wurde von Moskau versucht, die Internationale in ein Werkzeug russischer Außenpolitik umzuwandeln. Schmerzlich fehlten in dieser Situation Gegengewichte vom Format einer Rosa Luxemburg. Kaum vorstellbar, dass sie die Stalinisierung der KPD und der Kommunistischen Internationale mitgetragen hätte. Die Stalinisierung „bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie in eine disziplinierte Organisation mit strikt zentralistischer Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, straff durchorganisierten, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates […] die Mitgliedschaft; die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. […] An die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie [traten] Unterordnung, Gläubigkeit, Disziplin und Kommandoherrschaft." (Hermann Weber).

Mit der Stalinisierung wurde das Entwicklungspotential eines demokratischen Kommunismus Luxemburgischer Prägung schließlich verschüttet.

Ihr revolutionäres Erbe bleibt aber auch im 21. Jahrhundert relevant. Wer die Perspektive auf eine radikale Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung in Richtung eines demokratischen Sozialismus nicht aufgeben will, kann bei Luxemburg eine revolutionäre Traditionslinie jenseits von stalinistischer Entartung und reformistischer Selbstaufgabe sozialistischer Politik entdecken, die an Aktualität nichts eingebüßt hat.

ZUR PERSON
Wilhelm Pieck



Geboren 1876, von Beruf Tischler, ab 1895 SPD-Mitglied. Lernte auf der SPD-Parteischule Rosa Luxemburg kennen. Mitbegründer der Spartakusgruppe. Als Soldat eingezogen, betrieb er antimilitaristische Propaganda in der Armee und wurde deswegen vors Kriegsgericht gestellt. Pieck konnte fliehen, lebte einige Zeit im Berlin im Untergrund, musste nach Holland in Exil und kehrte zur Vorbereitung der Novemberrevolution 1918 illegal nach Berlin zurück. Jahrelang Mitglied der KPD-Zentrale und Vorsitzender der „Roten Hilfe".

Nach 1933 im Exil in Paris und Moskau, überlebte die stalinschen „Säuberungen" und kehrte 1945 nach Deutschland zurück. Mitbegründer und Vorsitzender der SED, erster und einziger Präsident der DDR bis zu seinem Tod 1960.

Wilhelm Pieck ist begraben auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde neben Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Otto Grotewohl und Ernst Thälmann.

Glossar

Begriffe, Ereignisse, Organisationen und Stichworte zum Nachschlagen

Bolschewiki („Mehrheitler")
Hervorgegangen aus einer Parteispaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands 1902. Revolutionär-marxistische und kommunistische Organisation um Lenin. Lehnten den Ersten Weltkrieg von Anfang an ab, spielten eine wichtige Rolle in der russischen Februarrevolution und ergriffen in der Oktoberrevolution 1917 – zunächst zusammen mit einer anderen linken Partei – auf die Sowjets (Räte) gestützt die Macht. Nannten sich später in Kommunistische Partei Russlands um.



Dreiklassenwahlrecht
Wahlrecht für den Preußischen Landtag zwischen 1849 und 1918. Dieses Wahlrecht sah eine Stimmengewichtung nach der geleisteten Steuerleistung in drei Klassen vor. Wahlberechtigt waren männliche Preußen ab dem 24. Lebensjahr. Das preußische Wahlrecht galt schon zu Kaiserzeiten als besonders rückständig und bevorzugte aufgrund der Klasseneinteilung vor allem wohlhabende und damit konservative Wähler und Parteien.

Dritte Internationale (oder auch Komintern, Kommunistische Internationale, KI)
1919 in Moskau gegründeter Zusammenschluss revolutionärer und kommunistischer Gruppen und Parteien der ganzen Welt. Verstand sich als Weltpartei des revolutionären Proletariats. In ihren ersten Jahren eine Agentur zum Vorantreiben der Weltrevolution, wurde sie später (auch) ein Instrument sowjetischer Außenpolitik. Von Stalin 1943 aufgelöst.



Freikorps
Paramilitärische Einheiten im 18. und 19. Jahrhundert. Setzten sich häufig aus aufgelösten Armeeeinheiten, Deserteuren und Straffälligen zusammen. Nach dem Ersten



Bewaffnete Freikorps beim Kapp-Putsch, März 1920

Weltkrieg sammelten sich in Deutschland ca. 400.000 Männer in Freikorpsverbänden, da ihnen ein Leben außerhalb des Militärs nicht zusagte. Unter der Leitung von Gustav Noske waren Freikorps an der Niederschlagung der Novemberrevolution beteiligt, die Soldaten der „Garde-Kavallerie-Schützen-Division" ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die letzten Freikorps wurden 1923 aufgelöst und gingen in der Reichswehr oder paramilitärischen Einheiten, wie Stahlhelm, SA oder SS auf.

Gruppe Internationale (auch Spartakusbund/Spartakusgruppe)

Linker Flügel innerhalb der SPD ab August 1914, ging am 1. Januar 1919 in der KPD auf. Die Gruppe Internationale wurde auf Initiative von Rosa Luxemburg als Reaktion auf die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten gegründet. Ab Januar 1916 wurde sie als Spartakusgruppe bezeichnet, im April 1917 traten sie als eigenständige Gruppe in die USPD ein. Auf Initiative von Karl Liebknecht nannte sich die Gruppe am 11. November 1918 in Spartakusbund um. Zum Jahreswechsel 1918/19 bildete der Spartakusbund mit anderen revolutionären Gruppen die Kommunistische Partei Deutschland (KPD).



Kapp-Putsch

Im März 1920 putschten reaktionäre Militärs und Freikorps gegen die SPD-geführte Reichsregierung, die sie zuvor zur Niederschlagung der radikalen Linken eingesetzt hatte. Die Regierung floh nach Stuttgart. Der Putsch brach nach wenigen Tagen unter der Wucht des größten Generalstreiks der deutschen Geschichte mit 12 Millionen beteiligten ArbeiterInnen und Angestellten zusammen. Im Zuge des Generalstreiks bewaffneten sich vielerorts die Arbeiter, im Ruhrgebiet wurde eine „Rote Ruhrarmee" gebildet. Sie wurden anschließend von der Regierung blutig verfolgt. Die Chance auf eine umfassende Demokratisierung des Staats- und Militärapparates der Weimarer Republik wurde nach dem Kapp-Putsch von der SPD vertan.



KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)

Marxistische und revolutionäre Partei, welche den Sozialismus und letztendlich den Kommunismus in Deutschland durch eine Revolution der Arbeiterklasse unter ihrer Führung durchsetzen wollte. War vor 1933 die größte und mächtigste Kommunistische Partei in Europa. Gegründet am 1. Januar 1919, wurde durch ihre Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD 1920 zu einer Massenpartei. 1933 durch die Nationalsozialisten verboten und zerschlagen.
Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete sich die KPD neu, wurde 1946 in der sowjetischen Besatzungszone mit der SPD zur SED vereinigt. 1956 in der BRD verboten. An ihrer Spitze standen erst Luxemburg und Liebknecht, dann Leo Jogiches (alle ermordet), später u.a. Paul Levi, Ernst Meyer, Ruth Fischer, Ernst Thälmann. Thälmann wurde 1944 nach elf Jahren Isolationshaft im KZ Buchenwald ermordet.





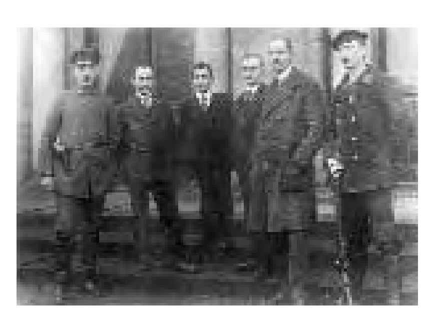
KPD-Zentrale Anfang der 1930er in Berlin. Heute Parteizentrale der Partei Die Linke

Münchener Räterepublik

Siehe Räterepubliken

Räte – Russisch: Sowjets

In der Russischen Revolution von 1905 entstanden erstmals spontan Arbeiterräte: Die Beschäftigten einer besetzten Fabrik wählten jederzeit abwählbare und rechenschaftspflichtige Delegierte, die sich mit den Delegierten anderer Fabriken zu einem Arbeiterrat zusammenschlossen, um demokratisch über die nächsten Schritte des Kampfes zu entscheiden. Auch in der Russischen Revolution 1917, der deutschen Novemberrevolution 1918/19, in Spanien 1936, in Ungarn 1956, in Chile 1972/73, in Portugal 1975 und im Iran 1979 entstanden Arbeiter-, zum Teil auch Soldaten-, Bauern-, Hausfrauen- und Arbeitslosenräte.
Auch die autonomen zapatistischen Gemeinden in Chiapas organisieren sich in Räten. Räte bildeten die demokratische Organisationsform der meisten Revolutionen des 20. Jahrhunderts – ob auch des 21. Jahrhunderts, wird die Zukunft zeigen.



Arbeiter- und Soldatenrat, Braunschweig, 1918



Chiapas, Mexiko: Aktive der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional – Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) auf dem Weg zu einer Versammlung

Rätedemokratie

Im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie, in der nur die politische Sphäre einer gewissen demokratischen Kontrolle unterworfen wird, werden in einer Rätedemokratie Staat, Wirtschaft, Militär und Verwaltung von unten demokratisch kontrolliert. Delegierte sind jederzeit abwählbar und verdienen nicht mehr als ein Durchschnittslohn.

Räterepubliken

In der Novemberrevolution entstanden in ganz Deutschland spontane Arbeiter- und Soldatenräte. In einigen Gebieten weigerten sie sich, ihre Macht wieder an Parlament und Regierung abzugeben und riefen lokale Räterepubliken aus, so Anfang 1919 in Braunschweig, Bremen und München. Sie wurden durch Militärs und Freikorps blutig niedergeschlagen, ebenso wie die Räterepublik in Ungarn 1919.

Revolutionäre Obleute

Waren gewerkschaftsunabhängige, von Arbeitern verschiedener deutschen Industriebetriebe frei gewählten Vertrauensleute zur Zeit des Ersten Weltkriegs (1914–1918), die sich gegen die Kriegspolitik des deutschen Kaiserreichs und der Sozialdemokratischen Partei wandten. Viele Obleute waren Mitglieder der USPD, die sich später der KPD anschlossen. Während der Novemberrevolution von 1918 vertraten sie zunehmend die Idee des Rätegedankens und gehörten nach dem Sturz des Kaisers und dem Ende des Krieges mehrheitlich zu den Befürwortern einer deutschen Räterepublik. Nachdem die USPD-Vertreter die provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, aus Protest gegen die antirevolutionäre Politik des kurz zuvor zum Reichskanzler ernannten Friedrich Ebert (SPD) verlassen hatten, gehörten die Obleute zu den Initiatoren des Spartakusaufstands vom 5. bis 12. Januar 1919.

Spartakusaufstand (Januarkämpfe)

Generalstreik und bewaffneter Aufstand in Berlin vom 5. bis 12. Januar 1919. Auslöser des Aufstands war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch den Rat der Volksbeauftragten unter Führung Friedrich Eberts (SPD). Eichhorn hatte sich bei den vorherigen Weihnachtsunruhen am 24. Dezember 1918 geweigert, gegen die im Berliner Schloss einquartierte Volksmarinedivision vorzugehen. Diese Militäreinheit, der am Beginn der Novemberrevolution eine wichtige Rolle zugekommen war, rebellierte aufgrund ausstehender Soldzahlungen. Arbeiter, die den Revolutionären Obleuten nahe standen, besetzten nach Entlassung von Eichhorn spontan am 5. Januar 1919 eine Zeitungsredaktion in der Berliner Kochstraße und errichteten Straßensperren. Die Führungen von USPD und KPD beschlossen rasch, die begonnene Besetzung zu unterstützen. Sie riefen die Berliner Bevölkerung zu einem Generalstreik für den 7. Januar auf. Dem Aufruf folgten etwa 500.000 Menschen. Die Aufstände wurden von regierungsloyalen kaiserlichen Truppen, sowie ab dem 13. Januar von rechtsradikalen Freikorps blutig niedergeschlagen.



SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschland)

1875 schlossen sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) um August Bebel und Wilhelm Liebknecht (Vater von Karl Liebknecht) zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. 1890 nannte sich die Partei in Sozialdemokratische Partei Deutschlandes (SPD) um. 1891 wurde auf dem Parteitag in Erfurt ein marxistisches Parteiprogramm verabschiedet. In der SPD bildeten sich verschiedene Flügel: Ein rechter um Eduard Bernstein, der die revolutionäre Perspektive der Partei durch eine rein reformistische Politik ersetzen wollte, ein „marxistisches Zentrum“ um Karl Kaustky, dass an der revolutionären Theorie festhielt, aber eine radikale Praxis ablehnte, und ein linker Flügel um Rosa Luxemburg, der die revolutionäre Rhetorik durch eine revolutionäre, klassenkämpferische Praxis (Massenstreiks) ergänzen wollte. Das Zentrum konnte sich durchsetzen. Das Fehlen von antikapitalistischer Praxis und die zunehmende Integration der SPD ins System des Kaiserreichs führte 1914 zur Unterstützung des Krieges und zum Verrat des eigenen Programms. Stellt sich seit dem gegen alle radikalen Bestrebungen, den Kapitalismus abzuschaffen.



USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Linksabspaltung der SPD während des Ersten Weltkrieges, gegründet 1917. Nach der Novemberrevolution trat sie in den „Rat der Volksbeauftragten“ (Revolutionsregierung) ein und orientierte auf eine Kombination aus Parlament und Räten. In den Revolutionskämpfen radikalisierten sich ihre Anhänger, deren Zahl 1920 auf fast 900.000 anwuchs. 1920 schloss sich ihr linker Flügel der KPD an, der rechte wiedervereinigte sich 1922 mit der SPD. Eine kleine Gruppe um Theodor Liebknecht (Karls Bruder) bestand unter diesem Namen bis 1931 weiter.



USPD-Demonstration

Zweite Internationale (auch Sozialistische Internationale)

Am 20. Juli 1889 in Paris gegründete Vereinigung Sozialistischer Parteien und Gruppen. Maßgeblich beeinflusst von den Ideen Karl Marx und Friedrich Engels. Die Gründung war das Ergebnis des am 14. Juli 1889 einberufenen internationalen Sozialistenkongresses, an dem etwa 300 verschiedene Arbeiterorganisationen teilnahmen. Die mit 85 Delegierten unter der Leitung von Wilhelm Liebknecht, des führenden Reichstagsabgeordneten der SPD-Vorläuferpartei SAP, stehende deutsche Delegation war dabei die einflussreichste und stärkste Fraktion des Kongresses, die dessen Inhalte maßgeblich prägte. In ihren frühen Jahren – bis ins beginnende 20. Jahrhundert – setzte sich die SI vor allem gegen den sich mit einer imperialistischen Kolonialpolitik verschärfenden Nationalismus und die Aufrüstungspolitik in den Staaten Europas, sowie für die Stärkung der Arbeiterbewegung weltweit ein. Die Ausrufung des 1. Mai als internationalem „Kampftag der Arbeiterklasse“ im Jahr 1889 und ursprünglich des 19. März (heute 8. März) als internationalem Frauentag im Jahr 1910 wirken bis heute nach. Mit dem Beginn des Ersten Weltkries 1914 zerfiel die Zweite Internationale, da die meisten ihrer Mitgliedsparteien die Kriegspolitik ihrer Regierungen unterstützte.

Literatur zum Weiterlesen

Zusammengestellt von FLorian Wilde

Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat
Klassische Rosa Luxemburg-Biographie, 1939 im Pariser Exil geschrieben. Der Autor war selbst führender KPD-Aktivist, ab den späten 20ern oppositioneller Kommunist in der Tradition Luxemburgs

Peter Nettl: Rosa Luxemburg
Umfangreiche und lesenswerte Biographie, erstmals 1968 auf deutsch erschienen

Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie - Politik und Familie
Aktuelle Biographie der Familie und v.a. Karl Liebknecht, im Aufbau-Verlag erschienen

Sebastian Haffner: Die verratene Revolution - Deutschland 1918/19
Auch unter dem Titel: Die deutsche Revolution 1918/19. Spannendes und gut lesbares Buch über den Verrat der SPD in der Novemberrevolution.

Chris Harman: Die verlorene Revolution - Deutschland 1918-23
Intensive Auseinandersetzung mit kommunistischer Strategie und Politik in der Anfangsphase der Weimarer Republik, von einem revolutionären Standpunkt aus geschrieben

Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit
1999 in der Reihe „Kommunismus und Linkssozialismus" im Dietz-Verlag Berlin erschienene Darstellung der Geschichte der KPD bis 1933

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution
Von einem KPD-Autorenkollektiv 1929 in Berlin herausgegeben. Die meisten AutorInnen waren in der Novemberrevolution selbst aktiv gewesen.



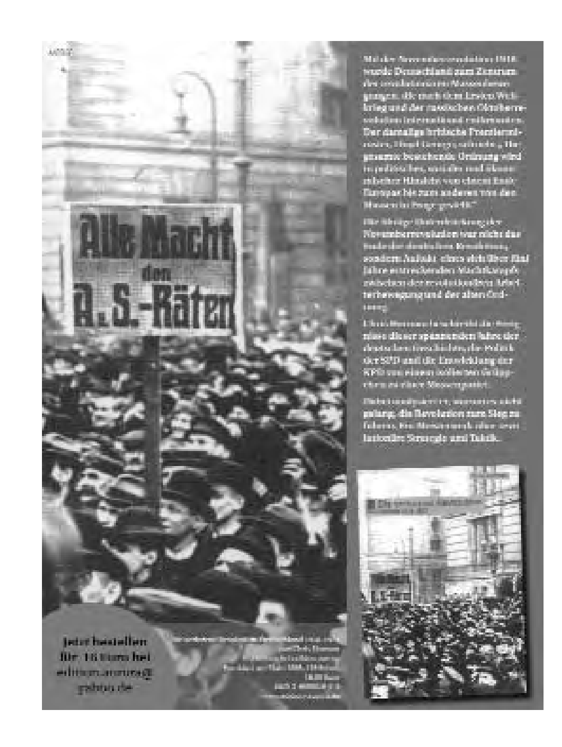
Am Samstag, 14. Februar 2009 findet in Dresden wieder ein Nazi-Aufmarsch statt, welcher den deutschen Bombenopfern zum Ende des Zweiten Weltkrieges gedenken soll. In geschichtsrevisionistischer Weise wird dabei der Nationalsozialismus und der Holocaust verharmlost und relativiert.

Unter der Losung No Pasarán („sie werden nicht durchkommen") hat sich ein bundesweites Antifabündnis zusammengefunden. Neben Antifas aus Dresden sind auch Gruppen der Interventionistischen Linken (IL), darunter Fels (Berlin), die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und das Netzwerk Avanti – Projekt undogmatische Linke, beteiligt.

Kommt am 14. Februar 2009 nach Dresden. Nazi-Aufmarsch verhindern!

www.dresden1302.noblogs.org | www.antifa.de | www.dazwischengehen.org














Cigarren
Zopfzentrale